

# **Die Rote Mappe 1981 des Niedersächsischen Heimatbundes**

**Rückblick und Ausblick,  
vorgetragen durch den Vorsitzenden Heinrich Reimers  
beim 62. Niedersachsntag in Vechta  
in der Festversammlung am Sonnabend, dem 10. Oktober 1981**



<b>Einleitende Worte des Vorsitzenden</b>	
<b>- Situation des Niedersächsischen Heimatbundes</b> .....	4
<b>Beiträge Stadt und Landkreis Vechta</b> .....	6
<b>I. Schutz und Pflege des Heimatbewußtseins</b> .....	8
<b>II. Umweltschutz</b>	
Emissionen – Immissionen .....	9
Abfallbeseitigung .....	10
Bodenabbau .....	10
Sonstiges .....	11
<b>III. Naturschutz</b>	
Situation des Naturschutzes .....	11
Schutzgebiete .....	12
Feuchtgebiete .....	13
Pflanzenschutz / Tierschutz .....	14
Freizeit und Erholung .....	15
<b>IV. Landschaftserhaltung und -gestaltung</b>	
Straßenbau .....	15
Bundesbahnbau .....	17
Wasserbau .....	17
Flurbereinigung .....	18
Entwicklung des „Ländlichen Raums“ .....	18
<b>V. Denkmalpflege</b>	
Situation der Denkmalpflege .....	19
Baudenkmalpflege (Sanierungen) .....	20
Baudenkmalpflege (Einzelobjekte) .....	20
Bodendenkmalpflege .....	22
<b>VI. Niederdeutsche Sprache</b> .....	22
<b>VII. Geschichte, Brauchtum, Museen</b> .....	23
<b>VIII. Bildende Kunst – Fotografie</b> .....	24
<b>Schlußbemerkung</b> .....	24

Herr Landtagspräsident!  
Herr Ministerpräsident!  
Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Jugend!

Ich habe die Ehre, hiermit die Festversammlung des 62. Niedersachsentages zu eröffnen. Mein Dank gebührt der gastgebenden Stadt Vechta sowie dem Landkreis, weil man von Anfang an deutlich spürte, wie aufgeschlossen und freundschaftlich unsere Organisation, der Niedersächsische Heimatbund, hier willkommen ist; und Gastfreundschaft sollte eben als Tugend ganz vorn rangieren.

Mein Respekt gehört Ihnen, Herr Landtagspräsident Müller, und Ihnen, Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht, denn Sie beweisen auch in diesem Jahr erneut durch Ihre Anwesenheit, daß unsere vielschichtige Tätigkeit im Bereich der kulturellen Heimatpflege ernst genommen wird; ich komme darauf noch zurück.

Meine Freude über die rege Teilnahme vieler Gönner, Gleichdenkender, hoher Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft, Mitstreiter, wie auch vielleicht Kritiker, ist aufrichtig und rechtfertigt unsere Arbeit.

Liebe Freunde!

Es geht, wie nun schon seit Jahren, hier um die öffentliche Darstellung von Wünschen, Forderungen, Anschuldigungen, kritischen Entwicklungen, Versäumnissen, aber auch um vorbildliche Taten, Leistungen oder nur „angestrebte Ziele“ aus dem Gesamtbereich unserer Tätigkeit. Dieser Vorgang ist in unserem Lande Niedersachsen längst unter dem Begriff der „Roten Mappe“ bekannt.

Da die Thematik weiß Gott vielschichtig ist, die zur Verfügung stehende Zeit vor diesem Forum aber - wie immer - knapp, komme ich mit Ihrer aller Genehmigung ohne Umwege zur Sache.

Ich will den Vortrag der „Roten Mappe 1981“, die zum ersten Mal unter meinem Vorsitz erstellt wurde, mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen einleiten:

Die in unserem Lande ermöglichte und anhaltend praktizierte Form des öffentlichen Wechselgespräches mit der Landesregierung zur Situation der Heimatpflege, wie sie sich ungeschminkt für den Niedersächsischen Heimatbund darstellt, ist in unserer Gesellschaft bemerkenswert und - wie sich gezeigt hat - für beide Seiten gleich nützlich. Es muß also daran festgehalten werden, zumal wir hoffen, daß in Abstimmung mit allen Beteiligten für die „Rote Mappe“ als Instrumentarium eine Form gefunden werden konnte, die den zur Tradition gewordenen Dialog zwischen der Spitzenvertretung der Heimatpflege und der Niedersächsischen Landesregierung in einem sinnvollen Rahmen hält.

#### **Finanzielle Ausstattung der Heimatpflege**

Im Demokratieverständnis unserer Bevölkerung sind Rechtsansprüche, wie z. B. Arbeitsrecht, Bildungswesen, Rechtsprechung, Verkehrseinrichtungen, Krankheitsabsicherung, soziale Einrichtungen usw., ganz gebräuchliche Vokabeln geworden, die auch in den Etatplänen von Gemeinden und Behörden ihren Stammplatz haben. Nach den Erkenntnissen der letzten zwei Jahrzehnte sind diese bisher schon anerkannten „Ansprüche“ zu ergänzen durch Begriffe, welche praktikierbaren Natur- und Umweltschutz, Landschaftspflege, Denkmalschutz und insbesondere die Förderung des Heimatbewußtseins abdecken, und zwar bei völliger Gleichberechtigung und mit zwingender Einbindung in die Etats.

Mit dieser Forderung wollen wir das Haushaltsvolumen nicht vergrößern, sondern gezielte Umschichtungen zu Gunsten aktueller und lebensbedrohender Entwicklungen und Probleme erreichen. Die Verlagerung ist schwierig, steht aber, da absolut gemeinnützig, unter Zeitdruck!

Die Menschheit steht in einem ernsten und schwierigen Prozeß. Wir werden zwar nicht von heute auf morgen durch Umweltprobleme in einen Abgrund stürzen, aber die Menschen können - und dies gilt besonders für unser bevölkertes Zentraleuropa - in wenigen Jahrzehnten langsam und für die Masse nicht sofort erkennbar, in diese tödliche Grube hineingleiten. Darum müssen wir heute reagieren und nicht erst morgen, weil reelle Erkenntnisse darüber vorliegen, wie sehr die Einengung des menschlichen Freiraumes in unserer technisch immer vollkommener werdenden Welt bedrohliche Formen annimmt.

Dabei müssen unsere Zielvorstellungen für jeden greifbar bleiben, sie dürfen weder zu theoretisch noch utopisch sein: Wir wollen keinen Rückschritt dulden, nur zögernd einen Stillstand hinnehmen, aber stetig an Verbesserungen arbeiten. Dies allein ist realistisch, denn unsere hockentwickelte technische Gesellschaftsform erfordert neben klaren Grundkonzepten auch Kompromisse, ohne daß damit unsere Zielvorstellungen im Prinzip geopfert werden müßten.

Doch zurück zur Roten Mappe:

Auch in diesem Jahr mußten wir wieder eine Vielzahl von Einsendungen bearbeiten und aus umfangreichem Material diejenigen Beiträge auswählen, die von grundsätzlicher Bedeutung für unsere Arbeitsbereiche sind, oder aber Einzelfälle, bei denen ein Denkanstoß durch die Rote Mappe geboten ist. Wir bitten unsere Freunde um Verständnis, wenn vieles ungesagt und auch ungedruckt bleiben mußte, denn die Rote Mappe ist kein Rechenschaftsbericht, sondern sie ist eines - vielleicht das wichtigste - der Instrumente des Niedersächsischen Heimatbundes, Fehlentwicklungen zu verhindern und Vorbildliches in Gang zu setzen oder gar zu beschleunigen. Dabei muß es zwangsläufig zu jährlich wechselnden Schwerpunktbildungen kommen.

Unser Rückblick und Ausblick auf das große Feld der kulturellen Heimatpflege wird auch künftig über den Grundsatzfragen nicht die kleinen aber wichtigen Einzelheiten vergessen, um die es ja in der täglichen Arbeit unserer Mitglieder an der Basis geht und die den Reiz unserer natürlichen und erstrebenswerten Umwelt ausmachen.

#### **Aufbau der Roten Mappe**

In unserer Arbeit, wie auch beim Aufbau der Roten Mappe, haben wir uns wieder bewußter an den acht großen Aufgabebereichen orientiert, die sich die Dachorganisation der in der Heimatpflege Tätigen in unserem Lande gestellt hat, und zwar:

Schutz und Pflege des Heimatbewußtseins  
Umweltschutz Naturschutz  
Landschaftserhaltung und -gestaltung Denkmalpflege  
Niederdeutsche Sprache und Literatur  
Geschichte und Brauchtum in ihren verschiedenen Erscheinungen und Darbietungen  
Bildende Kunst, einschließlich der Fotografie.

Auf diesen Gebieten arbeiten mit unterschiedlichen Schwerpunkten unsere Mitglieder, und nach diesen Themenkreisen haben wir die Rote Mappe gegliedert und ihnen alle modernen Fachbegriffe zugeordnet.

#### **Aufgaben des Niedersächsischen Heimatbundes**

Eine Neubesinnung auf unsere vielfältigen Aufgaben, die in einer schnelllebigen Welt jeder von Zeit zu Zeit vornehmen muß, setzt eine genaue Bestandsaufnahme in den eigenen Reihen voraus. Wir haben das getan und waren beeindruckt von der Ausdehnung der uns tragenden Basis und auch deren örtlicher Bedeutung. Über 160 Heimatvereine verschiedener Größe und Ausstrahlung, sowie zusätzlich noch einmal über 150 an der Heimatarbeit beteiligte Behörden, Körperschaften, Institutionen und Landschaften zählen zu unseren Mitgliedern. Diese Zahlen verpflichten und geben politisches Gewicht.

Der Niedersächsische Heimatbund arbeitet noch nicht in allen Aufgabebereichen flächendeckend; aber gute Konzepte, Aktivitäten und auch Werbung, sollen das ändern. Wir sind bestrebt und gewillt, in den kommenden Jahren unseren Mitgliederkreis spürbar zu erweitern und die Organisation den Anforderungen entsprechend zu gestalten. Dies geschieht nicht aus Gründen der Selbstdarstellung, sondern um alle heimatpflegerischen Belange vor Ort im Interesse der Allgemeinheit befriedigend vertreten zu können.

#### **Niedersachsentage**

Die seit 1902 - also lange vor der Gründung des Landes Niedersachsen - von uns veranstalteten „Niedersachsentage“ bleiben weiterhin für unsere Arbeit von eminenter Bedeutung. Wir sind

nicht glücklich darüber, daß ein niedersächsisches Landesfest mit dem Namen „Tag der Niedersachsen“ getauft wurde, wodurch die Verwechslungsgefahr mit unserer Veranstaltung gegeben ist.

Dennoch sind wir guten Mutes und danken Ihnen, Herr Ministerpräsident, daß Sie eindeutig erklärt haben, daß die Substanz der traditionellen „Niedersachsentage“ des NHB unbeeinträchtigt bleibt. Es liegt im Interesse der Sache, daß Sie wieder höchstpersönlich die Antwort auf die Rote Mappe übernommen haben, und wir rechnen damit, daß die „Niedersachsentage“ auch künftig verstärkt als Gelegenheit zum Gespräch zwischen Heimatpflege und Politik von beiden Seiten genutzt werden.

### **Bewertung und Unterstützung des NHB**

Wir freuen uns, daß wir im Grundsatz bei Ihnen, im Kabinett, im Parlament und bei den demokratischen Parteien nicht für unsere Sache zu werben brauchen, denn über den Oberbegriff „Heimatpflege“ gibt es einen erfreulich hohen Konsens, einen Konsens in der Bewertung unserer allgemein gültigen Tätigkeitsmerkmale schlechthin.

Diese Bemerkung mache ich mit großer Erleichterung und Befriedigung, füge aber gleichzeitig mit Nachdruck hinzu, daß ein solcher Konsens bei der konkreten Bearbeitung von Einzelfällen, bei der Dringlichkeitseinstufung von akuten Problemen, bei unserer finanziellen Ausstattung und auch bei der Unterstützung unserer Öffentlichkeitsarbeit nicht immer erkennbar ist. Hier wünschen wir uns eine Änderung!

### **Ehrenamtliche Tätigkeit**

Es gehört zu den Zeichen der Zeit, daß immer mehr Erwartungen an die Heimatpflege gestellt werden und damit auch an unsere Organisation, deren Mitglieder fast ausnahmslos ehrenamtlich tätig sind. Wir bekennen uns zu dieser ehrenamtlichen Arbeit auf allen Ebenen und verstehen sie als notwendige, unabhängige und kritische Kontrolle von staatlichen sowie privaten Bemühungen.

### **Ehrenamtliche Beauftragte und Heimatpfleger**

Dies gilt auch für die Einsetzung ehrenamtlicher Beauftragter im Natur- und Denkmalschutz, die einer Spezialisierung auf dem Gebiet der Heimatpflege Rechnung trägt. Wir begrüßen diese Arbeitsteilung, hoffen aber, daß der Blick für das Ganze freibleibt, weil die einzelnen Teilbereiche sich gegenseitig bedingen. Deshalb kann auch der ehrenamtliche Heimatpfleger in Dorf, Ortsteil, Stadt und Kreis nicht durch andere Instanzen ersetzt werden. Wir fordern Kommunen und Landkreise auf, mit der offiziellen Berufung von Heimatpflegern überall für ein lückenloses Netz in dieser Arbeit zu sorgen. Das ist kein großzügiger Personalluxus, den man sich leistet, sondern ein kluges Gebot der Stunde.

### **Fachpersonal**

Daneben ist in der Verwaltung die flächendeckende Fachpersonalausstattung auch in diesen Bereichen unverzichtbar, denn das Ziel aller kann nur sein, daß bei der allgemeinen Tendenz zum Zentralismus das kulturelle Eigenleben und die so notwendige Individualität in den Gemeinden nicht erlischt. Versäumnisse könnten teuer werden.

### **Haushaltsmittel**

Natürlich kommt die ehrenamtliche Heimatpflege nicht ohne finanzielle Zuwendungen des Staates aus. Aber sie machen sich bezahlt, weil sie bescheiden bleiben. Dies gilt insbesondere für den Niedersächsischen Heimatbund und seine

regionalen Dachverbände, die in Form von Fachtagungen, Exkursionen und Schrifttum das Gespräch untereinander führen und gleichzeitig eine notwendige Öffentlichkeitsarbeit leisten. Jede Kürzung der Mittel in diesem Bereich stößt auf unser Unverständnis.

Und da wir gerade beim lieben Geld sind: Wir wiederholen unsere Forderung der vergangenen Jahre, daß vor allem die sogenannten „Spielbankenabgaben für heimatpflegerische Maßnahmen“ nicht in anderer Weise verwendet werden dürfen. Die bisherige bloße Empfehlung muß durch eine gesetzliche Regelung ersetzt werden. Auch für den Niedersächsischen Heimatbund sind diese Mittel unverzichtbar. Mit ihnen führen wir erfolgreiche „Seminare für Landerforschung, Raumplanung und Umweltschutz“ durch, deren Leiter und Teilnehmer Sie, Herr Landtagspräsident, in diesem Jahre wiederum lobenswerterweise im Landtag empfangen haben.

Ich schließe hier den Teil meiner Ausführungen und bekenne mich zuversichtlich zu der Überzeugung, daß in Regierung und Parlament genug guter Wille vorhanden ist, um unsere Arbeitsgrundlage zu erhalten und auszubauen.

Wir sollten ohne Wenn und Aber erkennen, daß gerade diese Arbeitsgrundlagen ein Anliegen aller sind. Auch wenn z. Z. die Verweigerung hoch im Kurs steht, das Neinsagen hoch geachtet ist - es war schon immer leichter, zu sagen wogegen man ist anstatt wofür -, kann eine Nation oder ein Land im Gegensatz zum Einzelnen eben nicht aussteigen, weder aus der Geschichte noch aus den Zusammenhängen, Zwängen und Pflichten des Lebens, wie sie im Laufe von Jahrhunderten gewachsen sind. So sieht es auch der Niedersächsische Heimatbund, und darum packen wir es also an!

## **Stadt und Landkreis Vechta**

Wir wenden uns zunächst unseren Gastgebern zu, denn ihre Anliegen und bestehenden Probleme behandeln wir herkömmlicherweise auf den Niedersachsentagen am Anfang unserer Detailbemerkungen zu den genannten acht Aufgabenbereichen.

Wir tagen in diesem Jahre in einem vor allem landwirtschaftlich geprägten Raum, der viele schützenswerte Naturschönheiten, aber auch eine Anzahl von Problemen aufzuweisen hat.

### **Stadt Vechta**

Schon seit dem Mittelalter war die alte Grafen- und Drostentstadt Vechta das geistige und kulturelle Zentrum des Oldenburger Münsterlandes. Diese Funktion kann auch das heutige „Mittelzentrum“, wie es die Planer nennen, gut erfüllen, zumal neben einer Abteilung der Universität Osnabrück und der Fachhochschule für Sozialwesen eine Reihe anderer öffentlicher Einrichtungen dieser Stadt ein unverwechselbares Gepräge geben.

### **Verkehrsplanung**

Die städtebauliche Entwicklung Vechtas wird weitgehend von der Verkehrsplanung bestimmt. Die „Große Straße“ soll als Einkaufsbereich vom Durchgangsverkehr befreit und vom innerstädtischen Ziel- und Quellverkehr entlastet werden. Zur Verwirklichung dieses Konzeptes sieht der Generalverkehrsplan eine Westumgehung im Zuge der B 69, ein innerstädtisches Tangentensystem sowie die Schaffung von Fußgänger-

zonen und verkehrsberuhigten Straßenzügen vor. Wir finden diese Entwicklung gut und begrüßen, daß im Rahmen einer aktiven Stadtgestaltung verkehrsberuhigte Zonen zunehmend auch in Neubaugebieten eingeplant werden sollen.

### **Stadtgestaltung**

Bei der Stadtgestaltung bemüht sich die Verwaltung, durch gute Beratung bei Einzelbauvorhaben sowie durch Verträge und Gestaltungsregelungen Einfluß zu nehmen auf die Qualität städtebaulich bedeutender Maßnahmen. Wir halten diese Kombination von Beratung und Vorschrift für den richtigen Weg, sind aber der Meinung, daß an einigen Stellen die Einbindung von Neubauten in die alte Substanz mehr Einfühlungsgabe verlangt hätte. Vor allem Proportionen und Materialien müssen sich künftig mehr an der überkommenen Bauweise orientieren.

An vielen Stellen des Stadtgebietes wurden Neuanpflanzungen von Bäumen und Sträuchern vorgenommen. Im Immentun-Wäldchen ist ein attraktives Naherholungsgebiet mit Waldlehrpfad und einem ausgedehnten Spazierwegenetz entstanden. Bei einer weiteren Erschließung der Landschaft darf allerdings auch in Stadtnähe die gewachsene Natur nicht auf der Strecke bleiben. Nicht alles, was Erholung und Fremdenverkehr dienen soll, muß planerisch umgestaltet werden.

### **Füchteler See/ Moorbachtal**

Skeptisch beurteilen wir deshalb auch den Bebauungsplan für den „Füchteler See“, der im Gebiet des Moorbachtales Wassersport und andere Freizeitaktivitäten vorsieht. Die durch die Planungen des Sees betroffene Fläche umfaßt - vor allem in der Moorbachniederung - ein biologisch interessantes Gebiet, welches auch in bisheriger Form der Erholung dienen könnte. Dieses artenreiche und schützenswerte Tal verträgt nur behutsame Eingriffe. Unbedingt erhalten bleiben sollten auch die Teile des Füchteler Waldes, die dem Projekt geopfert werden müßten.

## **Landkreis Vechta**

### **Massentierhaltung**

Im Landkreis Vechta überwiegen die Probleme zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. ein Gebiet gehört zu den nutztierreichsten der Erde. Hier muß eine bedenkenlose Ausweitung der bestehenden Massentierhaltung unbedingt vermieden werden. Sie bringt schon jetzt Gefährdungen für Natur und Umwelt mit sich.

Kennzeichen der Massentierhaltung sind die zunehmenden Mais-Monokulturen, die den Boden auslaugen, sowie vor allem der sich stets vergrößernde Gülleabfall. Seine Beseitigung stellt nach wie vor ein großes und ungelöstes Problem dar.

Wir sind der Meinung, daß die „Industrialisierung“ der landwirtschaftlichen Produktion eine gefährliche Grenze erreicht hat. Sie wird dort überschritten, wo zum Zwecke der Wachstumsförderung verbotene synthetische Hormone bei der Tiermast verwendet werden, wie es auch aus dem Raum Vechta berichtet wurde. Hier dringen wir auf einschneidende Maßnahmen, denn nur eine gesunde und der Natur nicht völlig entfremdete Landwirtschaft kann auch ihr selbst langfristig dienen.

### **Landschaftsschutzgebiete**

Im Norden des Kreises sind neue Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen worden. Für den Mittelbereich sind die entsprechenden Vorarbeiten angelaufen. Das sind positive Entwicklungen.

## **Moore und Feuchtgebiete**

Unsere Sorgenkinder im Landkreis Vechta sind die Moore und Feuchtgebiete.

Unsere hiesigen Mitarbeiter sind der Ansicht, daß für die stark bedrohten Hochmoore noch keine wirksamen Schutzmaßnahmen ergriffen worden sind.

### **Torfabbau**

Als skandalös empfinden wir die Tatsache, daß noch immer ein ungenehmigter großflächiger Torfabbau betrieben werden kann. Er muß eingestellt, beziehungsweise so gesteuert werden, daß eine Regenerierung der Hochmoore gewährleistet ist.

Das „Dreiecksmoor“ bei der Gemeinde Goldenstedt muß nach genehmigtem und abgeschlossenem Torfabbau auf einem Gebiet von 160 ha umgehend renaturiert werden.

Es ist unverantwortlich, daß in größeren Waldgebieten des Tonnenmoores Sprengstoffe gelagert werden, die nicht einmal ausreichend vor Spaziergängern abgesichert sind.

### **Dümmer**

Die Probleme des Naturschutzgebietes am Dümmer betreffen auch den Landkreis Vechta sehr stark.

Die Bezirksregierung Hannover hat die „Eickhöpener Wiesen“ im Kreis Diepholz für die Ablagerung von Schlamm aus dem Dümmer freigegeben. Die Entschlammung ist dringend nötig und ein wichtiger Schritt zur Gesundung des seit über drei Jahrzehnten mit Nährstoffen überdüngten Sees. Wir hoffen, daß es bald gelingen wird, durch eine Umleitung der Hunte diese Nährstoffzufuhr entscheidend zu verringern. Ein entsprechender Kanal sollte jedoch nicht durch das Naturschutzgebiet am linken Dümmerufer geführt werden.

Neben einer Verbesserung der Kontrollbestimmungen für die Wasserqualität halten wir die Ausweitung der Schutzgebiete im westlichen und nördlichen Bereich für unabdingbar.

An den Landkreis Vechta richten wir die Bitte, unbedingt eine stärkere Belastung des Dümmers durch Freizeitnutzungen zu verhindern. Der Sportbootsverkehr muß eingeschränkt werden, weitere Bootsanlagen und Wochenendsiedlungen in Dümmerlohausen dürfen nicht entstehen.

Besser kontrolliert werden muß die Güllebeseitigung im Raum Hüde, Rüschemdorf, Kemphausen, Borringhausen und Dümmerlohausen.

Der Landkreis Vechta sollte die Feuchtwiesen im „Osterfeiner Moor“ und im Naturschutzgebiet zwischen Westdeich und Randkanal zur Wiedervernässung ankaufen. Sie dürfen auf keinen Fall durch den im Rahmen der Flurbereinigung geplanten Ausbau der alten Hunte vernichtet werden.

Das Walzen der Feuchtwiesen im Frühjahr muß von Mitte März an untersagt werden, da sonst sämtliche Gelege der bodenbrütenden Vögel zerstört würden.

### **Polder Lüsche**

Der „Polder Lüsche“ bei der Gemeinde Bakum ist ein gutes Beispiel für die mögliche Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Naturschutz. Der hier im Laufe der Jahre entstandene reiche Sekundärbiotop soll unter Naturschutz gestellt werden.

## **Flurbereinigung und Gewässerausbau**

Wir freuen uns, daß der Landkreis Vechta bei der Durchführung von Flurbereinigungen und Gewässerausbauten alle Eingriffe verhindern will, die das ökologische Gleichgewicht der betroffenen Bereiche bedrohen würden. Dabei soll der Waldanteil gehalten und Ersatzbiotope geschaffen werden.

## **Dinklager Burgwald**

Der Dinklager Burgwald ist trotz der nun erfolgten einstweiligen Sicherstellung durch den Landkreis weiterhin gefährdet. Die gesamte Fläche muß unter Landschaftsschutz, und die wertvollsten Teile müssen unter Naturschutz gestellt werden. Bereits erfolgte Schädigungen durch Grabenausbau und Entfernung von, Tümpeln sollten schnell rückgängig gemacht werden~. Zudem besteht die Gefahr, daß in der näheren Umgebung durch Güllebeseitigung die Grundwasserqualität beeinträchtigt wird.

## **Dammer Berge**

Der Naturpark „Dammer Berge“ ist in seinem Erholungswert durch großflächige Abholzungen bedroht. Der Kreis muß hier Einhalt gebieten und darf jetzt keine weiteren Umwandlungsgenehmigungen von Wald in Ackerland erteilen.

## **Wallhecken**

Das unkontrollierte Entfernen von Wallhecken nimmt im Kreis Vechta ein erschreckendes Maß an. Von diesem einst charakteristischen Landschaftselement ist nicht mehr viel übriggeblieben. Wir weisen darauf hin, daß nach § 33 des neuen Niedersächsischen Naturschutzgesetzes Wallhecken nicht mehr beseitigt werden dürfen. Zugelassen sind nur Pflegemaßnahmen.

Hiermit wird der Beitrag für Stadt und Kreis Vechta abgeschlossen, obwohl es verständlicherweise noch viel Lobens- und Tadelnswertes zu berichten gäbe. Wir konnten nur gewisse Akzente setzen und hoffen, daß sie die entsprechende Beachtung finden werden.

## **Museumsdorf Cloppenburg**

Bevor wir zum nächsten Thema kommen, muß an dieser Stelle das Museumsdorf Cloppenburg erwähnt werden, weil es im Programm des diesjährigen Niedersachsentages eine gewichtige Rolle spielt. Der Wert dieser musealen Einrichtung hat sich wieder einmal bei dem vielbeachteten Wiederaufbau der Zehntscheune bestätigt, die sonst nicht hätte gerettet werden können.

Auch wenn wir alle wissen, daß die Erhaltung historischer Gebäude im Grunde am wertvollsten ist, wenn dieses an dem Ursprungsort selber geschieht, beruhigt es uns zu wissen, daß es die Institution „Museumsdorf Cloppenburg“ gibt. Hier wird wertvollste Bausubstanz gerettet und mit neuen Funktionen versehen. Unserem Freund und Beiratsmitglied Dr. Ottenjann und seinen Mitarbeitern gilt unser aller Dank und Anerkennung.

Am Anfang meiner Ausführungen habe ich die acht Arbeitsbereiche des Niedersächsischen Heimatbundes vorgestellt, die wir jetzt der Reihe nach behandeln werden:

# **I. Schutz und Pflege des Heimatbewußtseins**

## **Heimat**

Es ist kein Zufall, daß der Begriff „Heimat“, der ja in ganz engem Zusammenhang mit der menschlichen Geborgenheit und dem Zuhau-

se steht, an dem Anfang unserer Arbeitsbereiche gestellt wird.

„Heimat ist und war immer eine Dreiecksbindung zwischen Mensch, Mitmensch und umgebendem Raum. Zwei Aspekte stehen also im Vordergrund: der menschliche wie auch der landschaftliche Raum, und damit meinen wir natürlich auch städtische Räume. Sie haben nicht nur eine rational faßbare, sondern auch eine sehr stark emotionale Seite. Letztere wurde allzulange durch Pathetik und demagogischen Mißbrauch verzerrt, nachdem der Übergang von Agrar- zur Industriegesellschaft für große Teile unseres Volkes den Verlust der bis dahin selbstverständlichen „Heimat“ bedeutete.

Meist wird der Wert „Heimat“ erst bei Gefährdung und schließlich bei Verlust deutlich und seine innere und äußere Notwendigkeit auch erkannt. Immer wird dann der Heimatbegriff spät neu formuliert und - eigentlich viel zu spät - Heimatbewußtsein endlich wieder gefordert und sogar hier und da gefördert.

Es gibt Zeichen dafür, daß wir vor einer Renaissance des Wunsches nach heimatlicher Bindung in der Stadt und im ländlichen Raum stehen. Wir hoffen darauf von ganzem Herzen, denn die so nötige Sicherung und Schaffung von „Heimat“ heißt letzten Endes, der Entfremdung des Menschen entgegenzuwirken, indem eben die menschlichen, psychischen und ökologischen Grundbedürfnisse zu Kriterien für eine humane Umwelt gemacht werden - ein langfristiger aber nötiger Prozeß!

Der Niedersächsische Heimatbund hat dieses Ziel nicht nur auf seine Fahnen geschrieben, weil „Heimat“ immer wieder ein großes Geschenk ist, sondern weil wir sie als Aufgabe und Verantwortung verstehen. Als Verantwortung besonders deshalb, weil jeder „Heimat“ zu schaffen hat und ihre Verwirklichung an Tat und Leistung des einzelnen gebunden ist. „Heimat“ entsteht da, wo einer dem anderen „Heimat“ ist bzw. bereitet, und das heißt eben: Es gibt nicht nur ein Recht auf Heimat, sondern auch eine Pflicht auf Heimat!

## **Heimatkunde in der Schule**

Seit Jahren fordern wir konsequenterweise die Wiedereinführung des Faches Heimatkunde in den Grundschulen und die Behandlung dieses Stoffes auch in den weiterführenden Schulen.

Der Senator für Bildung der Stadt Bremen hat im letzten Jahr im Rahmen des Faches Geschichte einen Lehrplanentwurf für die Sekundarstufe I vorgelegt, der in Form einer modernen Heimatkunde das Thema „Bremen: Von der Reichsstadt zum Bundesland“ behandelt. Wir finden, das ist ein guter und auch in Niedersachsen nachahmenswerter Anfang. Der Niedersächsische Heimatbund und seine vielen Mitgliedsvereine würden durch ihre Sachverständigen bei diesem dringenden Anliegen gerne Hilfe leisten.

## **Erwachsenenbildung und Heimatpflege**

Schutz und Pflege des Heimatgedankens sowie die Diskussion über Aufgaben, der praktischen Heimatpflege geraten immer mehr in das Blickfeld der Jugend- und Erwachsenenbildung. Der NHB hat in diesem Jahr Kontakte mit den Trägern der Erwachsenenbildung aufgenommen. Wir wollen uns bemühen, gemeinsam vor allem mit dem Landesverband der Volkshochschulen und der Landesarbeitsgemeinschaft für ländliche Erwachsenenbildung Veranstaltungen zum Thema Heimat und Heimatpflege anzubieten. Zwei Seminare der LEB wurden bereits mit gutem Erfolg durchgeführt. Wir fordern unsere Mitglieder auf, dem Beispiel des Kreisheimatbundes Diepholz zu folgen und Kontakte herzustellen.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Forderungen des Landesverbandes der Volkshochschule zur Sicherstellung der kulturellen Bildung in Niedersachsen und hoffen besonders, daß in den Durchführungsbestimmungen zum Erwachsenenbildungsgesetz diejenigen Passagen gestrichen oder geändert werden, die eine fruchtbare Zusammenarbeit mit anderen Organisationen erschweren oder verhindern.

### **Ortsheimatpfleger**

In den Gemeinden und Ortsteilen des Landkreises Göttingen sind jetzt 115 Ortsheimatpfleger tätig. Durch jährliche Tagungen wird der Kontakt zwischen Kreis- und Ortsheimatpflege gefördert.

### **Gebiets- und Gemeindereform**

Niedersachsen lebt von der Vielfalt seiner landschaftlichen und kulturhistorischen Prägung. Auch in einem Bundesland müssen die historisch bedeutenden Landschaften zusammengefügt bleiben. Deshalb freuen sich unsere Mitglieder in Schaumburg-Lippe über die Rückgabe von Forstflächen aus dem Domanialvermögen und bitten die Landesregierung, nun auch die ehemaligen schaumburg-lippischen Gemeinden Großenheidorn und Steinhude wieder dem Kreis Schaumburg zuzuordnen. Die Gebiets- und Gemeindereform hat in dieser Hinsicht auch Schaden angerichtet.

### **Dorfnamen**

Es wird begrüßt, daß nun auch die Agrarsoziale Gesellschaft unsere wiederholte Forderung unterstützt, die Namen alter Dörfer zu erhalten, auch wenn sie eingemeindet wurden.

### **Umweltliste**

In Form einer allgemein verständlichen „Umweltliste“ legt der Heimat- und Verkehrsverein Lauenstein am Ith nun im zweiten Jahr der Öffentlichkeit eine kritische und hilfreiche Stellungnahme zu den auftretenden Problemen der Heimatpflege in seinem Arbeitsbereich vor. Dieses Verfahren finden wir vorbildlich.

Wenn ich hier den ersten Arbeitsbereich abschließe, dann bleibt Wichtiges ungesagt, aber die hohe Wichtigkeit dieses Themas mußte in wenigen Sätzen erwähnt werden.

## **II. Umweltschutz**

Seit dem Europäischen Naturschutzjahr 1970 ist der Umweltschutz zu einem allgemein verständlichen Begriff geworden. Die Probleme, die jetzt zur Sprache kommen müssen, stellen seine Aktualität unter Beweis:

### **Emissionen - Immissionen**

#### **Schwermetalle**

Der Grad der Belastung unseres Lebensraumes durch Schwermetalle ist noch umstritten. Wir fordern deshalb Untersuchungen über die Verbreitung dieser Stoffe in der Luft sowie in Industrie- und Klärschlämmen. Die vertretbaren Belastungsmengen müssen klar umschrieben und wirksame Maßnahmen zu ihrer Einhaltung getroffen werden.

#### **Nordenham**

Seit 1972 beunruhigen uns die Vorgänge um die Bleihütte in Nordenham. Zu unserem Bedauern zeichnet sich hier offenbar noch keine angemessene Lösung ab. Die unterschiedliche Auslegung der Gefährlichkeit der Schadstoffe ist für alle Betroffener, unerträglich. Wir drängen auf schnelle Klärung, die zur Festlegung

verbindlicher Maximalwerte führt, welche dann von allen Beteiligten anerkannt werden müssen.

#### **Oker-Harlingerode**

Auch die Probleme um die Schwermetallbelastung durch die Blei- und Zinkhütte in Oker-Harlingerode sind noch keinesfalls gelöst. Wir hoffen, daß die Luft nach einer entsprechenden Sanierung der Produktionsanlagen spürbar sauberer wird und der verseuchte Boden wieder aufge bessert werden kann. Es muß schnell sichergestellt werden, daß Mensch und Natur vor schädlichen Immissionen geschützt werden.

### **Gewässerverunreinigungen**

Schlechte Nachrichten erreichen uns immer wieder über den Zustand unserer Flüsse und Bäche. Wir sind nicht gewillt, uns daran zu gewöhnen.

#### **Elbe**

Große Sorge bereitet allen Umweltschützern der ökologische Zustand der Elbe. Wir fordern die Landesregierung auf, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß diese Kloake wieder zum Fluß wird, der auch die Fischer ernähren kann, durch deren Protest in den letzten Monaten eine breite Öffentlichkeit wachgerüttelt worden ist. Wir wissen, daß dabei mit den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein eng zusammengearbeitet werden muß. Die Bundesregierung muß aufgefordert werden, alle international notwendigen Schutzmaßnahmen zu unterstützen und mit den Anliegerstaaten DDR und CSSR nachdrücklich zu verhandeln.

Die Einleitung von ungeklärten Abwässern, Schwermetallen, Rot-schlamm und Salzwasser trägt wesentlich zur Verschmutzung bei. Wir fordern einen schnellen und kontrollierten Abbau der Schadstoffeinträge sowie die Erstellung eines Sanierungsplanes für die Elbe.

Ähnliche Probleme gibt es auch bei der Weser und der Ems.

#### **Nordsee**

Wenn unsere Meere ein gesundes Nahrungsreservoir für die Menschheit sein sollen, dürfen sie nicht länger unsere größte Müllkippe bleiben. Die Nordsee mit den anfälligen Wattengebieten ist zum Abfalleimer von Mensch und Industrie geworden und als Lebensraum mehr denn je stark bedroht.

Hier gilt es - wie bei den Flüssen - einen Riegel vorzuschieben. Wir wissen, daß die sogenannte „Verklappung“ von Dünnsäure nordwestlich von Helgoland im betroffenen Seegebiet zu einer Anreicherung von Schwermetallen geführt hat. Hier wird nicht verdünnt oder abgebaut, sondern unverantwortlich geschädigt.

Im Küstenbereich und auf See müssen bessere Vorkehrungen gegen Ölnfälle getroffen werden. Denjenigen, die ihre Müllbehälter und Tanks auf hoher See reinigen, sollte mit besserer Überwachung und härterer Bestrafung begegnet werden.

Leider wird auch die Erholungsnutzung - die sogenannte „weiße Industrie“ - mehr und mehr zu einem Belastungsfaktor im niedersächsischen Küstenbereich.

#### **Streusalz**

Wir freuen uns, dass immer mehr Städte und Gemeinden trotz der schweren Wintereinbrüche unserer Aufforderung gefolgt sind, kein

oder weniger Streusalz zu verwenden. Trotzdem stehen wir mit diesen Bestrebungen sowie dem Einsatz alternativer Mittel und Geräte noch am Anfang. Von Fußgängern und Autofahrern sollte man mehr Anpassungsbereitschaft und Vorsicht bei winterlichen Verhältnissen verlangen, damit die Umwelt spürbar geschont werden kann.

Müssen eigentlich die Streuwagenfahrer die Streuvorrichtung auch dann weiterlaufen lassen, wenn sie über eisfreie Strecken fahren?

### **Chemische Unkrautbeseitigung**

Wir finden es gut, daß die Landesregierung die Straßenbauverwaltung angewiesen hat, der mechanischen Gras- und Unkrautbeseitigung unter Zurückstellung wirtschaftlicher Gesichtspunkte den Vorrang vor Einsatz von Chemikalien zu geben.

Es bleibt zu hoffen, daß auch im Bereich der Landwirtschaft ein entsprechender Umdenkprozeß einsetzt.

## **Abfallbeseitigung**

### **Sonderabfälle**

Wir haben uns in den vergangenen Jahren wiederholt zu den bestehenden und geplanten Sondermülldeponien in, Niedersachsen geäußert. Wir wissen, daß Sonderabfälle irgendwo gelagert werden müssen. Das wird sicher möglich sein, wenn die Voraussetzungen für Anlage und Betrieb von Deponien rechtzeitig und partnerschaftlich mit dem Umweltschutz geprüft werden. Dazu gehören geologische Voruntersuchungen, Absicherung und ständige Kontrolle der gelagerten Schadstoffe sowie ein hinreichender Sicherheitsabstand zu Wohnbereichen.

Daneben müssen die Möglichkeiten der Wiederverwendung dieser Stoffe besser ausgeschöpft werden, z. B. in Form einer Abfallbörse bei den Industrie- und Handelskammern.

### **Schacht „Konrad“ bei Salzgitter**

Der stillgelegte Eisenerzschacht „Konrad“ bei Salzgitter-Lebenstedt wird von der bundeseigenen Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe seit 1975 auf seine Eignung zur Endlagerung schwachradioaktiver Abfälle geprüft. Da die Schachtanlage in einer stark besiedelten Region liegt, scheint uns die zusätzliche Prüfung aller Risiken für die Bevölkerung und auch die Einbeziehung alternativer Einlagerungsmöglichkeiten in die Überlegungen besonders dringlich.

### **Gorleben**

Das, geplante Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Gorleben soll nach dem derzeitigen Stand der Dinge ausgerechnet in den Bereich des Naturparks Elbufer-Drawehn und des Landschaftsschutzgebietes „Langendorfer Berge“ gelegt werden. Ließe sich mit gutem Willen kein besserer Standort finden, damit die einmal durch Verordnung festgelegten Schutzräume aufrechterhalten werden können?

### **Sachsenhagen**

Wir wenden uns noch einmal mit Nachdruck gegen die Verschüttung der ursprünglich als Sondermülldeponie vorgesehenen Tonkuhle bei Sachsenhagen mit Normalabfällen. Die Kuhle muß wegen ihrer geologischen und zoologischen Besonderheiten als Naturdenkmal ausgewiesen und erhalten werden.

### **Hannover / Helstorfer Moor**

Die Stadt Hannover hält noch immer an ihrem Planfeststellungsverfahren für eine Klärschlammdeponie im Helstorfer Moor fest. Wir warnen nach wie vor vor einer solchen Einrichtung, die Beeinträchtigungen des unter Naturschutz stehenden Nordteiles mit sich bringen würde. Auch der betroffene Südteil ist heute Rückzugsgebiet für eine Reihe seltener Pflanzen- und Tierarten, darunter der Schwarzstorch.

Als Alternative zur Klärschlammablagerung sollte nach unserer Meinung die Möglichkeit einer schadlosen Kompostierung aufmerksamer geprüft werden.

### **Hannover-Messe**

Der auf der Hannover-Messe jährlich anfallende Müll entspricht nach Rundfunkberichten etwa dem Jahresabfall einer Kleinstadt. Wir meinen, daß diese weltbekannte Institution nicht nur umweltfreundliche Techniken vorstellen sollte, sondern auch den sich während der Veranstaltung ansammelnden Müll vorbildlich beseitigen oder für das Recycling zur Verfügung stellen müßte. Ein erster Schritt dazu wäre die Aufstellung von Glas- und Papiercontainern für die Aussteller.

### **Wilde Müllkippen/Autofriedhöfe**

Auffällig ist nach wie vor die Fülle von wilden Müllkippen und Autofriedhöfen in der Landschaft. Die an die Landkreise delegierte Aufsicht wird hier offenbar aus Mangel an entsprechendem Durchsetzungsvermögen der Exekutive nicht oder nur unzureichend wahrgenommen.

### **Großburgwedel**

Wir freuen uns, daß der 1980 von uns kritisierte Schrottplatz bei Großburgwedel nach langem Zögern jetzt endlich geräumt worden ist.

### **Einwegverpackungen**

Wir finden, daß Einwegverpackungen aus Karton, Glas, Blech oder Kunststoffen weder rohstoffsparend noch umwelt- und energiefreundlich sind, wie es zuweilen dargestellt wird. Nach der Devise des Umweltbundesamtes „Einweg ist Irrweg“ sollte den Mehrwegverpackungen absoluter Vorrang gegeben und das Recyclingverfahren ausgeweitet werden.

## **Bodenabbau**

Von Mitarbeitern werden wir gebeten, Zuständigkeiten und Verfahrensweisen bei Genehmigungen im Bodenabbau zu klären. Wir gehen davon aus, daß die Zuständigkeit laut Bodenabbaugesetz und Naturschutzgesetz bei den Naturschutzbehörden angesiedelt ist, die Durchführung aber bei den Landkreisen als unteren Naturschutzbehörden liegt. Der öffentliche Belang der Rohstoffsicherung und Lagerstättenerkundung wird vom Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung wahrgenommen.

Trifft es zu, daß die Beratertätigkeit dieses Amtes in Einzelfällen auch die Durchsetzung privatwirtschaftlicher Belange - wie z. B. Abbaugenehmigungen - gegenüber den Genehmigungsbehörden umfaßt? Inwieweit hat das Landesamt für Bodenforschung im Rahmen von Naturschutzverfahren Belange privater Dritter zu vertreten?

### **Braunschweig/Wolfsburg**

Wir wiederholen unsere Einwände gegen einen Ölschieferabbau zwischen Braunschweig und Wolfsburg und kritisieren

ren, daß im Entwurf für das niedersächsische Landesraumordnungsprogramm dieses Gebiet als Lagerstätte besonders hervorgehoben worden ist. Damit wurde einem Raumordnungsverfahren vorgegriffen.

### **Ith**

Noch immer sind weitere Flächen des Ith von der Zerstörung durch Gesteinsabbau bedroht. Wir wiederholen eindringlich unsere Forderung, künftig weder Staatsforst- noch Privatwaldflächen zum Abbau freizugeben. Der Eingriff in die Landschaft steht hier in keinem akzeptablen Verhältnis zu wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

### **Weper bei Northeim**

Beim Landkreis Northeim ist von einer Zementfirma der Antrag gestellt worden, weite Teile der „Weper“ - ein landschaftlich einmaliger Sollingausläufer bei Northeim - für den Rohstoffabbau zur Zementherstellung freizugeben. Ein Abbau in diesem Umfang darf nicht gestattet werden, zumal die Weper als Erholungsgebiet ausgewiesen worden ist. Die Erhaltung des Landschaftsbildes und die zu erwartenden Immissionsbelastungen für die Bevölkerung wiegen nach unserer Meinung in diesem Fall das Argument der Arbeitsplatzzerhaltung auf.

### **Elm - Westrand**

Eine Firma hat beantragt, ein beträchtliches Kalkvorkommen am Westrand des Elms im Raum Erkerode/Herkenrode/Lucklum abzubauen zu dürfen. Es ist zu wünschen, daß der Entscheidung eine sorgfältige Information der Öffentlichkeit und eine gewissenhafte Abwägung des Für und Wider vorausgehen wird.

### **Naturpark Harz**

Das Landschaftsschutzgebiet zwischen Walkenried und Eiterich im Naturpark Harz gehört zu den bedeutendsten Vegetationsstandorten im südlichen Niedersachsen. Eine Ausbeutung der dortigen Gipsvorkommen ist nur vertretbar, sofern eine landschaftspflegerische Begleitplanung vorgenommen wird und die vorhandenen Tier- und Pflanzenarten, vor allem aber der erfolgreich wiedereingebürgerte Uhu, unberührt bleiben.

## **Energie**

### **Biomasse und Abwärme**

Viele Umweltschützer ärgert die ungenutzte Biomasse und Abwärme aus den Viehställen, die in der Landwirtschaft anfallen. Hier muß noch viel getan werden. Die Landesregierung sollte verstärkt Investitionen zur Errichtung von Strohverbrennungsanlagen, zur Biogasgewinnung oder zur Verwendung von Stallwärme fördern. Dann kann man auch die neuerdings auf den Feldern verkommenden Strohballen einer neuen Nutzung zuführen.

### **Umwelttelefon**

Zur besseren Überwachung und als Erleichterung für die aufmerksame Bevölkerung hat der Landkreis Göttingen im Februar ds. Js. ein „Grünes Umwelt-Telefon“ eingerichtet, über das Mißstände gemeldet und Probleme besprochen werden können. Außerhalb der Dienststunden werden die Anrufe auf Tonband aufgezeichnet. Diese Einrichtung sollte von anderen Kreisen und Gemeinden übernommen werden.

## **III. Naturschutz**

### **Nieders. Naturschutzgesetz**

Wir kommen jetzt zum Naturschutz. Für diesen Bereich liegt das inzwischen in Kraft getretene Niedersächsische Naturschutzgesetz vor. Auch wenn wichtige Forderungen des Niedersächsischen Heimatbundes, wie eine ausgewogenere Landwirtschaftsklausel oder die Berufung von Bezirksbeauftragten, leider nicht berücksichtigt worden sind, so glauben wir, daß sich mit dem Gesetz arbeiten läßt. Wir erwarten von der Landesregierung, daß die notwendigen Durchführungsbestimmungen schnell folgen und die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen zum Vollzug des Gesetzes voll erfüllt werden.

### **Personalsituation**

An dem Willen der Landesregierung zur schnellen Verwirklichung dieser Arbeitsgrundlagen muß allerdings gezweifelt werden angesichts der personellen Situation der Naturschutzbehörden. Ausgerechnet in der Phase der Verabschiedung des Gesetzes wurden sämtliche im Haushaltsplanentwurf 1981 bereits enthaltenen neuen Stellen für die staatliche Naturschutzverwaltung gestrichen. Ohne Erhöhung des ohnehin schon viel zu geringen Personalbestandes kann dieses Gesetz nicht durchgeführt werden. Eine Aufstockung hätte durch entsprechende Umschichtungen aus Arbeitsbereichen mit abnehmenden Aufgaben ermöglicht werden müssen.

Ohne die notwendigen Stellen können auch die Erfassungsprogramme des Landesverwaltungsamtes nur Stückwerk bleiben, auf deren Wichtigkeit Sie, Herr Ministerpräsident, im vergangenen Jahr in der Beantwortung der Roten Mappe hingewiesen haben.

Ein deutlicher Personalengpaß liegt auch bei den Bezirksregierungen, wo allein bei der Bezirksregierung Weser-Ems ca. 150 Unterschutzstellungsverfahren für Naturschutzgebiete auf ihre Fortführung warten. Die Erreichung des von Ihnen skizzierten Zieles, kurzfristig eine Verdoppelung der Naturschutzflächen in Niedersachsen vorzunehmen, scheint damit mehr als fraglich.

Auch im Bereich des Artenschutzes können aus Personalgründen gegenwärtig nicht einmal die notwendigsten Handlungen vollzogen werden.

Unsere Bedenken gelten auch der Finanzausstattung. Die nun endlich im Gesetz verankerte Entschädigungsregelung wird wesentlich höhere Beträge -- auch für Gebietsankäufe - erforderlich machen.

Der Appell zur besseren Versorgung der Naturschutzbehörden mit Personal- und Sachmitteln richtet sich gleichermaßen an die Landkreise, die durch das Gesetz neue Aufgaben zugewiesen bekommen haben und zur hinreichenden Ausstattung der Naturschutzinstanzen verpflichtet sind. Auch hier besteht noch ein großer Nachholbedarf.

### **Informationsschriften**

Bei uns häufen sich die Klagen über eine mangelnde Information der Öffentlichkeit und einiger Berufsgruppen - z. B. der Landwirte - über praktische Fragen des Natur- und Umweltschutzes. Wir bitten das Land, aber auch die Kreise und Gemeinden, hier stärker tätig zu werden. Insbesondere das neue Naturschutzgesetz muß in Form einer knappen, allgemein verständlichen Informationsbroschüre weite Verbreitung finden. Für die wichtigsten Zielgruppen sollten spezielle Informa-

tionen herausgegeben werden.

Ein gutes Beispiel: Der Landkreis Uelzen hat 1980 ein Faltblatt über Ziele und Möglichkeiten des Naturschutzes im Landkreis Uelzen herausgegeben. Zweck dieses Faltblattes ist es, die Öffentlichkeit zu informieren und für den Naturschutzgedanken zu werben. Gleichzeitig enthält es Hinweise für die Bevölkerung, wie sie selbst helfen kann, naturnahe Lebensräume im unmittelbaren Einflußbereich zu erhalten.

### **Landschaftswarte**

Zur besseren Kontrolle aller Naturschutzbestimmungen und deren Einhaltung hat der Landkreis Stade im Dezember 1980 einen Landschaftswart eingestellt. Die Überwachung der Landschaft hat bisher gute Ergebnisse gezeigt.

Da Landschaftswarte im neuen Naturschutzgesetz vorgesehen sind, sollten sie auch von anderen Kreisen berufen werden.

### **Erfassungsprogramme**

Die vom Niedersächsischen Landesverwaltungsamt durchgeführten und in der Bundesrepublik als vorbildlich anerkannten Erfassungsprogramme für Tierarten und schutzwürdige Flächen müssen weitergeführt und zu einem landesweiten Schutzgebietssystem entwickelt werden.

In diesem Zusammenhang warten wir noch immer auf die Verabschiedung eines lange angekündigten Moorschutzprogrammes und eines dringend notwendigen Wattenmeerprogrammes mit internationaler Abstimmung.

## **Schutzgebiete**

### **Naturschutzpark Lüneburger Heide**

#### **Nationalpark**

Der Niedersächsische Heimatbund ist überzeugt, daß die Zeit reif ist, das Naturschutzgebiet Lüneburger Heide nunmehr zu einem Nationalpark aufzuwerten. Die althergebrachten Wirtschaftsformen müssen dabei erhalten und existenzfähig bleiben. Der Naturpark Lüneburger Heide ist zu einem Symbol Niedersachsens und auch ein international bekanntes Wahrzeichen geworden. Hier nahm die Idee des Naturschutzes ihren Ausgang. Das Land sollte dem guten Beispiel Bayerns folgen, das in den letzten Jahren zwei Nationalparke geschaffen hat.

#### **Truppenübungen**

Auch wenn wir uns wiederholen: Die Entfremdung großer Gebiete des Naturparks Lüneburger Heide für militärische Zwecke ist unerträglich. Wenn eine Einstellung der britischen Truppenübungen auf diesem Gelände kurzfristig nicht zu erreichen ist, so wäre es immer noch das Sinnvollste, sie auf die benachbarten 60 000 ha großen fiskalischen Truppenübungsplätze zu verlagern.

Unabhängig davon sollte geprüft werden, ob nicht ein großzügiger Flächenaustausch zwischen Fiskus und dem Eigentümer „Verein Naturschutzpark“ vorgenommen werden könnte, um damit die Verhandlungseffizienz der Bundesregierung gegenüber den britischen Militärinstanzen zu steigern. Es ist grotesk, daß die britischen Panzer vorwiegend auf Eigentum des Vereins Naturschutzpark rollen und fiskalische Flächen geschont bleiben.

Im übrigen muß auf Truppenübungsplätzen nicht zwangsläufig die Natur schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. So gilt unsere besondere Anerkennung der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Cuxhaven-Altenwalde, die sich bemüht, die wertvollen Landschaftsteile, besonders die Küstenheiden, zu schonen und sogar durch zusätzliche Pflegemaßnahmen zu erhalten.

### **Naturschutzakademie**

Die Gründung der norddeutschen Naturschutzakademie auf dem Hof Möhr - einem vom Verein Naturschutzpark gestifteten Gelände in der Lüneburger Heide - und die Zuordnung der Tüxen-Bibliothek zur Akademie begrüßen wir sehr und sind der Landesregierung dankbar, daß sie dies ermöglicht hat. Allerdings können wir nicht akzeptieren, daß eine beachtliche Summe als Baukostenzuschuß und auch für den laufenden Betrieb zu Lasten des ohnehin arg strapazierten Naturschutzhaushalts geht. Wir fordern daher, daß künftiges Personal und künftige Sachmittel, die zweckgebunden für die Naturschutzakademie gegeben werden, nicht zu Lasten des allgemeinen Naturschutzetats verbucht, sondern zusätzlich bereitgestellt werden.

Zum weiteren Ausbau der Naturschutzakademie, die im übrigen als erste Institution dieser Art internationalen Rang erhalten wird, gehören die wissenschaftlichen Arbeiten des Vegetationsforschers Reinhold Tüxen. Die Fortsetzung seines Werkes durch eine geeignete Fachkraft ist eine dringende Notwendigkeit.

#### **Trinkwasserentnahme für Hamburg**

Die von den Hamburger Wasserwerken geplante vermehrte Trinkwasserentnahme im Bereich der nördlichen Lüneburger Heide darf im vorgesehenen Umfang nicht gestattet werden. Andernfalls sind zwangsläufig schwere und nicht reparierbare Schäden in der Landschaft zu erwarten.

#### **Trinkwasserentnahme für Hannover**

Die Hannoverschen Stadtwerke planen im Naturpark Südheide eine umfangreiche Wasserentnahme aus der Örtze, um durch Verregnung auf dem Fuhrberger Feld zusätzlich Trinkwasser zu erhalten. Die möglichen Folgen dieses Projektes müssen zunächst in einem gesamtökologischen Gutachten untersucht werden. Der optimistischen Darstellung der Hannoverschen Stadtwerke können wir im Augenblick nicht folgen.

#### **Trinkwasserentnahme für Bremen**

Dieselben Probleme wirft in der Syker Vorgeest die steigende Trinkwasserentnahme durch die Harzwasserwerke für die Stadt Bremern auf. In den Erfassungsgebieten ist bereits eine deutliche Grundwasserabsenkung eingetreten. Selbst die kleinen „ewigen Meere“ - die Schlatts auf der hohen Geest - trocknen langsam aber sicher aus. Sollte die Trinkwasserentnahme weiter gesteigert werden, sind nach Auffassung der Naturkundler schwere ökologische Schäden unvermeidlich.

Die Menschen und insbesondere die Wirtschaft müssen lernen, mit Trinkwasser sparsam umzugehen. Nach unserer Auffassung führt langfristig kein Weg daran vorbei, Trink- und Brauchwasser voneinander getrennt zu verbrauchen. Der mit einer neuen, Verordnung verbundene finanzielle Aufwand steht in keinem Verhältnis zu den Folgeschäden der Austrocknung unserer Landschaften.

Wir begrüßen, daß im vergangenen Jahr einige Landkreise aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe von Land und Bund

Grundstückskäufe für den Naturschutz vorgenommen haben.

### **Landkreis Gifhorn**

Der Landkreis Gifhorn ist bemüht, durch Flächenkauf im Bereich des „Hannoverschen Drömlings“ den Natur- und Landschaftsschutz zu stärken. Im Rahmen der geplanten Flurbereinigung müssen die schutzwürdigen Flächen eindeutig gekennzeichnet und die landeseigenen Flächen in die Gesamtkonzeption aufgenommen werden.

### **Landkreis Helmstedt**

Im Landschaftsschutzgebiet „Velpker Schweiz“ hat der Landkreis Helmstedt eine Fläche von ca. 40 ha erworben, um diese für ein ruhiges Naherholungsgebiet zu sichern. In diesem Bereich durch Bodenabbau entstandene und mit Grund- und Oberflächenwasser angefüllte Gruben sollen als Teiche in das Landschaftsbild eingebunden werden.

### **Landkreis Peine**

Die Gemeinde Neuenbrück (Landkreis Peine) will im Landschaftsschutzgebiet Okertal einen Sportplatz mit Nebenanlagen bauen. Dazu müßte ein wertvoller Gehölzbestand beseitigt werden. Der Bau an dieser Stelle muß unterbleiben, zumal für diese Maßnahme im Außenbereich kein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegt.

### **Cuxhaven**

Auch der aus der Sicht des Landes als außerordentlich wertvoll betrachtete Bereich der „Duhner Heide“ bei Cuxhaven muß als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Dieser Schritt kann nicht durch eine rechtlich unwirksame Schutzzerklärung der Stadt Cuxhaven ersetzt werden.

## **Feuchtgebiete**

### **Moore**

#### **Moorschutzprogramm**

Alle zur Zeit noch vorhandenen Restflächen müssen untersucht und rechtzeitig unter Schutz gestellt werden. Es ist nötig, die Verwendung der Moorreste verbindlich festzulegen. Außerdem ist eine Regenerierung und Weiterführung der natürlichen Moorbildung das zentrale Ziel des Moorschutzes. Bodenverändernde Eingriffe müssen stärker als bisher Rücksicht auf Moorkommen nehmen. Schutzgebiete erfordern regelmäßige Inspektion sowie ständige Aufsicht und Pflege.

Auch landeseigene Flächen sollten ein wesentlicher Bestandteil des Moorschutzprogramms werden.

### **Landkreis Stade**

Der Landkreis Stade ist bemüht, die noch vorhandenen Restmoorgebiete zu erhalten bzw. zu renaturieren. Zu diesem Zwecke werden z. Z. um den Oldendorfer See private Flächen mit Unterstützung des Landes aufgekauft, um erforderliche Renaturierungsmaßnahmen auf der Grundlage eines bereits erarbeiteten Moorprogramms durchführen zu können.

### **Meppen**

Das Hochmoor „Tinner Dose“ bei Meppen ist das letzte noch existierende geschlossene Hochmoor-Ökosystem in Europa. Es ist völlig unverstärkt, weshalb hier -- in einem nassen Hochmoor - Brandschutzwege angelegt werden sollen, Brandgefährdet sind doch nur entwässerte Moore mit ausgetrockneter Torfdecke. Wenn

also das Moor in seinem Zustand belassen und kein Entwässerungssystem angelegt wird, ist dem Naturschutz ein großer Dienst erwiesen. Die Kosten für diesen Wegebau können gespart werden.

### **Landkreis Oldenburg**

Das Naturschutzgebiet „Huntloser Moor“ konnte vom Landkreis Oldenburg mit Unterstützung des Landes im Rahmen der Flurbereinigung Großenkneten erheblich erweitert werden.

### **Landkreis Osnabrück**

Das im Landkreis Osnabrück gelegene „Venner Moor/Kalkrieser Moor“ ist ein wertvoller Rest der ehemals sehr ausgedehnten Moorlandschaft südwestlich des Dümmer. Es soll unter Schutz gestellt werden. Die vorgesehene Wiedervernässung der Abtorfflächen würde unseres Erachtens durch eine Überführung dieser Bereiche in öffentliche Hand wesentlich erleichtert.

### **Landkreis Wittmund**

Im letzten Jahr wurde vom Landkreis das Sumpfmoor in Dose – ein als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenes Feuchtgebiet – in Größe von 21,24 ha angekauft. Das Landschaftsschutzgebiet „Benser Tief“ wurde in Größe von rund 1 500 ha unter Schutz gestellt. Der Landkreis Wittmund plant weitere Unterschutzstellungen in Ostbense, Horsten und Nenndorf.

## **Nordsee**

### **Dollart**

Auf jahrelanges Drängen - auch des Niedersächsischen Heimatbundes - ist im November 1980 der „Dollart“ unter Naturschutz gestellt worden. Leider entsprechen Ausdehnung der Schutzzonen und die Schutzbestimmung selbst nicht voll den Notwendigkeiten des Naturschutzes.

### **Nordkehdingen**

Das Europareservat Nordkehdingen wird als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung bezeichnet. Wenn das so bleiben soll, muß nun endlich das geplante Wildvogelreservat eingerichtet werden. Noch ist das Gebiet nicht vor Schädigungen durch zu hohen Viehbestand und Umwandlungen von Grünland in Ackerfläche geschützt. Eine gesamtökologische Untersuchung müsste dringend durchgeführt werden.

Der seit 1975 dort eingesetzte staatliche Naturschutzwart leistet vorzügliche Arbeit bei der Überwachung. Für ihn müßte eine gesicherte Existenzgrundlage geschaffen werden, wie das in ähnlichen Fällen an anderer Stelle schon gehandhabt wird.

## **Seen und Teiche**

### **Landkreis Aurich**

Der Deutsche Bund für Vogelschutz hat die westlich von Barstede im Landkreis Aurich gelegene „Breike“ als Schutzgebiet angekauft.

### **Landkreis Wittmund**

Mit erheblichen Landeszuschüssen konnte der Landkreis Wittmund das „Schwarze Meer“ als Naturschutzgebiet ausweisen.

### **Landkreis Northeim**

Die mehrfach in der Roten Mappe begrüßte Planung der „Northeimer Seenplatte“ nimmt nunmehr Gestalt an. Der Kernbe-

reich wird nach einem rechtskräftigen Bebauungsplan Schritt für Schritt rekultiviert. Unverständlicherweise hat die zuständige Bezirksregierung für das im Gesamtprojekt vorgesehene Wasservogelreservat trotz jahrelanger Zusicherung noch immer keine Sicherstellungsverordnung erlassen. Wir haben Sorge, daß jetzt private Nutzungen erfolgen, die mit einer späteren Ausweisung als Wasservogelreservat unvereinbar wären.

### **Landkreis Uelzen**

Der Landkreis Uelzen hat die im Landschaftsschutzgebiet „Unteres Gerdaual“ liegenden „Holdenstedter Teiche“ für den Naturschutz angekauft. Mit den Angelsportlern konnte eine Vereinbarung getroffen werden, die eine Gefährdung der inzwischen als Naturdenkmal ausgewiesenen Fläche ausschließt.

## **Flüsse**

### **Schwingetal**

Das Schwingetal zwischen Stade und Hagen muß unbedingt unter Schutz gestellt werden. Diese Flußlandschaft mit ihren Sumpfböden weist äußerst seltene Tier- und Pflanzenarten auf und darf nicht durch den Bau der Autobahn 36 zerstört werden. Wir fordern ein gesamtökologisches Gutachten und eine Trassenplanung, die das Tal nicht berührt.

### **Hachetal**

Auch Ersatzbiotope können als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Als Beispiel führen wir das Hachetal bei Neubruchhausen (Stadt Bassum) an. Dort konnte mit Erfolg ein Feuchtgebiet geschaffen werden, in dem sich bereits viele, vorher nicht mehr anzutreffende Vogel- und Amphibienarten wiederingestellt haben.

### **Leine-Altarm**

Der schutzwürdige Leine-Altarm „Hinter der Niedermühle“ wurde von der Stadt Seelze zur Industriebebauung freigegeben, obwohl ein mittel- und langfristiges Firmenprogramm des an diesem Gebiet interessierten Chemiewerkes nicht vorgelegen hat. Man sollte hier keinen Ersatzbiotop schaffen, sondern dem Chemiewerk Gelegenheit geben, mit der Erhaltung des Leine-Altarmes seine umweltfreundliche Arbeitsweise zu demonstrieren.

### **Lefnetal**

Das Auewaldgebiet im Leinemäander bei Elvese sollte im Zuge der Planung der DB-Neubaustrecke Hannover - Würzburg als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.

### **Schuntertal**

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig bemüht sich intensiv um den Naturschutz auf kirchlichem Grundbesitz. So wurde ein letzter Rest des ehemals natürlichen Schunterflüßlaufes mit einer hohen Artenvielfalt im angrenzenden Ufergebiet und ein Wiesengelände mit seltenen Pflanzenarten östlich von Braunschweig dem Bund für Vogelschutz pachtweise zur Pflege überlassen.

### **Rhumeaue**

Das, im Oktober 1980 unverständlicherweise ausgesetzte Unterschutzstellungsverfahren für den Auewald zwischen Streitföhr und dem E-Werk im Rahmen des geplanten Naturschutzgebietes „Rhumeaue“ muß weitergeführt werden.

## **Pflanzenschutz / Tierschutz**

### **Bäume**

#### **Landkreis Gifhorn**

Aus dem Kreis Gifhorn erreicht uns die Nachricht von mehreren Versuchen, Wald ungenehmigt in landwirtschaftliche Nutzfläche umzuwandeln. Wir wundern uns, daß Vertretern des ehrenamtlichen Naturschutzes bei der Aufdeckung dieser Maßnahmen massiv gedroht wurde. Es muß doch endlich erreicht werden, daß Interessengegensätze zwischen Landwirtschaft und Naturschutz auf eine Art und Weise ausgeräumt werden, die beiderseits tragbare Lösungen beinhaltet.

Die umstrittenen Landwirtschaftsklauseln im neuen Naturschutzgesetz müssen nach unserer Auffassung in diesem Zusammenhang deutlich als eine Verpflichtung für die Landwirtschaft angesehen werden. Nicht alle Vergehen sind mit einem Mangel an Information zu entschuldigen.

#### **Naturwaldreservat Hahnenkleeklippen/Oberharz**

In ihrem Fortbestand bedroht sind die Überreste der einzigartigen hochmontanen Buchenwald- und Fichten-Buchenwaldgesellschaften Niedersachsens im Naturwaldreservat Hahnenkleeklippen - Naturschutzgebiet Oberharz. Die Bereiche, die noch Buchen enthalten, sollten unverzüglich durch Wildzäune geschützt und der Fichtenjungwuchs der letzten Jahre entfernt werden, um gleiche Fortpflanzungschancen für Laub- und Nadelholz zu schaffen.

#### **Haselünner Wachholderhain**

Sorgen bereitet vielen Emsländern die starke Einengung des Haselünner Wachholderhains durch Neubauten und Ferienhäuser. Im neuen Flächennutzungsplan wurde ein Gebiet, das vom Hase-Altarm - dem sogenannten Rhin - eingeschlossen ist und direkt an den Wachholderhain anschließt, für die Bebauung mit Mobilwohnheimen ausgewiesen. Darüber hinaus wurde beschlossen, das Gelände durch Aufhöhung hochwasserfrei zu machen.

Dieses wichtige Naturschutzgebiet muß in der bisherigen Form erhalten bleiben.

#### **Straßenanpflanzungen**

Büsche und Bäume an unseren Straßen und Wegen dürfen nicht bedenkenlos den Ausbaumaßnahmen geopfert werden. Wir zeigen ein schlechtes Beispiel: Bei einer Verbreiterung des „Wübbenhorstweges“ hat die Gemeinde Hude, trotz der Einwände des Naturschutzes und des Landkreises Oldenburg, in der ganzen Straßenlänge die Bäume auf einer Seite fällen lassen. Sie hat damit vollendete Tatsachen geschaffen, die die Anwendung der am 1. Juli ds. Js. in Kraft getretenen neuen Naturschutzbestimmungen verhindern. Wir haben Sorge, daß dieses böse Beispiel nur allzu leicht auf das Verhalten der Eigentümer in der laufenden Flurbereinigung abfärben könnte.

#### **Hecken und Feldgehölze**

Ein gutes Beispiel wird uns aus dem Landkreis Uelzen gemeldet: Hier werden in enger Zusammenarbeit zwischen der unteren Naturschutzbehörde mit der Jägerschaft schwerpunktmäßig Hecken und Feldgehölze in der freien Ackerlandschaft geplant und angelegt. Durch die freiwillige Bereitstellung dieser Flächen durch die Landwirte und die Betreuung der Flächen durch die örtlichen Jagdpächter ist die langfristige Erhaltung solcher kleinflächiger Schutzgebiete gewährleistet.

## **Eschflächen**

Ein großes Problem stellt im Landkreis Grafschaft Bentheim die Erhaltung und der Schutz der landschaftsprägenden sogenannten „Eschflächen“ dar. Das sind noch überwiegend landwirtschaftlich genutzte Plaggenböden mit baum- und strauchbestandenem Rand. Sie sind durch Bodenabbaumaßnahmen gefährdet. Hier muß schnell eingegriffen werden.

## **Erdfälle**

Die in Südniedersachsen sowohl unter Wald als auch in den teilweise stark ausgeräumten Feldfluren häufigen „Erdfälle“ haben als Kleinbiotope eine erhebliche ökologische Bedeutung. Dies gilt insbesondere für bedrohtes Niederwild, die Vogelwelt und Amphibienarten. Die Erdfälle sollen deshalb nicht mit Müll oder Bodenaushub verfüllt werden.

Umso erfreulicher ist es, daß der § 28 des neuen Niedersächsischen Naturschutzgesetzes die Möglichkeit bietet, solche Inselbiotope unter Schutz zu stellen. Davon sollte viel Gebrauch gemacht werden.

## **Dorf- und Stadtvegetation**

Für die Erhaltung der Dorfvegetation wäre viel getan, wenn auch auf Dorfkirchhöfen keine Herbizide eingesetzt würden.

Bei gärtnerischen Maßnahmen in „verwilderten“ Parks ist große Behutsamkeit geboten, da nach die Vegetation in den alten Parkanlagen unserer Städte wichtige Refugien darstellen.

## **Tierschutz**

### **Washingtoner Artenschutzabkommen**

Auf Drängen unserer Freunde fragen wir die Landesregierung noch einmal nach der Einhaltung des Gesetzes zum Washingtoner Artenschutzabkommen von 1976.

In Kürze soll zusätzlich eine Import-Exportverordnung für den Handel von Tieren und Pflanzen vom Bund erlassen werden, für deren Durchführung weitgehend die Länder zuständig sein werden. Was unternimmt die Landesregierung, um den Vollzug dieser wichtigen Gesetze zu gewährleisten? Hier wäre eine Unterstützung der Zollbehörden durch Fachpersonal notwendig.

## **Freizeit und Erholung**

### **Ostfriesland**

Der von uns kritisierte und überhandnehmende Publikumsverkehr im Naturschutzgebiet „Ewiges Meer“ konnte im Rahmen der Wiedervernässung schon stark eingeschränkt werden. Weitere Erfolge werden im Zuge der geplanten Anhebung des Grundwasserstandes erwartet, weil dann die Besucher nur noch über die Hauptwege zum Meer gelangen können. Schilder und der Einsatz von Aufsichtspersonen sind bei der Großräumigkeit dieses Schutzgebietes ungeeignet.

### **Buxtehude**

Ohne Genehmigung wurde mitten im Landschaftsschutzgebiet bei Buxtehude der „Este-Ring“ als Rallye-Cross-Strecke gebaut. Wir hoffen, daß das Gewerbeaufsichtsamt diese Rennstrecke grundsätzlich stilllegen und die Verursacher zur Beseitigung der entstandenen Schäden heranziehen wird.

## **Wassersport**

1978 und 1980 haben wir über die zunehmenden Störungen der Natur durch den Wassersport geklagt. Die Probleme bestehen noch immer und haben sich z. T. verschärft. So wie jetzt der Deutsche Naturschutzring, fordern wir seit langem Grundregeln für das Verhalten von Wassersportlern gegenüber der Natur, die zum Inhalt der Bootsführerscheinprüfung gemacht werden müssen.

## **Jadebusen**

Kein Verständnis haben wir für eine im Juni 1981 durchgeführte Massenregatta von Surfern quer durch das Naturschutzgebiet Jadebusen von Wilhelmshaven nach Dangast und zurück. Alle Bemühungen des Naturschutzes, die Watten und besonders die wertvollen Buchten vor einer intensiven Beanspruchung freizuhalten, erleiden mit solchen Festivals einen großen Rückschlag.

## **Verkehrslandeplatz Herkensen**

Wir freuen uns, daß die Genehmigungsbehörde den Bau des von uns im vergangenen Jahr kritisierten Verkehrslandeplatzes Herkensen im Landkreis Hameln-Pyrmont abgelehnt hat. Unseren Einwänden wurde voll Rechnung getragen.

## **IV. Landschaftserhaltung und -gestaltung**

Wir kommen zu den Problemen der Landschaftserhaltung und Landschaftsgestaltung, die wir in die Komplexe Straßenbau, Wasserbau und Flurbereinigung untergliedern:

### **Straßenbau**

#### **Autobahnen**

Mit Befriedigung haben wir zum Jahresbeginn die Nachricht aufgenommen, daß die Bundesrepublik nun nicht mehr mit einem engmaschigen Autobahnnetz überzogen werden soll. Wenn auch finanzpolitische Erwägungen diesen Entschluß erleichtert haben, so haben wir doch die Hoffnung, daß damit die Grundlage für ein umweltverträglicheres Verkehrskonzept gelegt worden ist, das viele zu erwartende Schädigungen für Mensch und Natur ausschließt.

Eine „sanfte“ Verkehrsplanung muß auch in Niedersachsen Vorrang bekommen.

#### **Emslandlinie**

Auch die vieldiskutierte „Emslandlinie“ fällt unter diesen Grundsatz. Auf ihren Bau kann verzichtet werden, wenn die bestehenden Bundesstraßen modernisiert werden.

#### **Feststellungsverfahren**

Es kommt immer wieder vor, daß bei der Planung neuer Autobahntrassen das Feststellungsverfahren in mehrere Teilabschnitte aufgegliedert wird. Diese Einzelfestlegungen schaffen jeweils Zwänge für den Folgeabschnitt. Ein solches Vorgehen macht es den Betroffenen unmöglich, in angemessener Weise ihre Einwände vorzubringen, und widerspricht allen Bestrebungen, zu einer fairen Bürgerbeteiligung zu kommen.

Ein typisches Beispiel ist die Planung der A 22 zwischen Westerstede und Brinkum.

## **Verbandsbeteiligung**

Gegen eine ausreichende Beteiligung der Naturschutzverbände bei Straßenplanungen wird zuweilen das Argument der großen zeitlichen Verzögerungen vorgebracht. Diese ist jedoch vermeidbar, wenn die anerkannten Verbände und die Öffentlichkeit rechtzeitig informiert und in den Planungsvorgang mit einbezogen werden.

## **A 31 Ostfriesland**

In Ihrer Antwort auf die Rote Karte 1980 hatten Sie, Herr Ministerpräsident, im Hinblick auf die Planung der A 31 erklärt, daß der Ausstrahlungsbereich des „Großen Meeres“ geschont werden solle. Der von uns beantragte Abzweiger Riepe-Barstede-Aurich und Georgsheil ist nun aber wieder in den Entwurf des Raumordnungsprogrammes des Landkreises Aurich aufgenommen worden. Die drei vom Straßenbauamt vorgelegten Varianten zerschneiden nach Auffassung unserer Mitarbeiter einen äußerst empfindlichen Naturraum zwischen Georgsheil und dem „Großen Meer“.

## **A 29 Oldenburg**

Beim Bau der Autobahn 29 im Abschnitt Oldenburg-Ahlhorn-Süd hat sich der Landkreis Oldenburg bemüht, den erforderlichen Sandabbau auf geeignete Punkte zu konzentrieren. Schädliche Eingriffe in die Landschaft konnten in enger Abstimmung mit den Beteiligten vermieden werden. Nach Ansicht des Landkreises ist in diesem Zusammenhang deutlich geworden, daß die vorhandenen raumordnerischen Instrumentarien nur wenig Hilfen für die planerische Lenkung des Bodenabbaus geben.

## **Raum Braunschweig**

Sorgen bereiten uns immer wieder die Fernstraßenplanungen im Raum Braunschweig. Die Durchschneidung der Okeraue durch die Anschlußtrasse an die Autobahn Hannover-Berlin aus Richtung Salzgitter ist nun nicht mehr zu vermeiden. Wir wenden uns aber mit Nachdruck gegen eine weitere Südost-Umgehung von Braunschweig in Form einer Autobahn. Sie ist unserer Meinung nach ebenso unnötig wie eine Verlängerung der Trasse aus Richtung Salzgitter in Richtung Gifhorn, die die Schunteraue in Mitleidenschaft ziehen würde. Der Verkehr in Richtung Gifhorn kann auch in den Hauptstoßzeiten von der B 4 bewältigt werden, die notfalls maßvoll ausgebaut werden könnte.

## **Ortsdurchfahrten, Umgehungen**

### **Beteiligung der Gemeinden**

Wir finden es nicht richtig, daß bei Planfeststellungen zum Ausbau von Bundesstraßen in Ortsbereichen die betroffenen Gemeinden oft weder von der Straßenbauverwaltung noch von den Bezirksregierungen als Planfeststellungsbehörden ausreichend beteiligt werden. Landschaftspflegerische Belange sind durchaus Bestandteil der gemeindlichen Bauleitplanung bei Straßenbauvorhaben, so daß die Gemeinden neben den Naturschutzbehörden und -verbänden in jedem Fall gehört werden müßten.

### **Rekultivierung alter Straßen**

Viele Einsendungen zu dieser Roten Karte befassen sich mit dem Bau von Umgehungsstraßen und den damit verbundenen Landschaftsverlusten. Diese Straßen sollen entscheidend zur Entlastung innerörtlicher Wohn- und Einkaufsstraßen beitragen und sie dadurch lebenswerter machen.

Könnte den Straßenbauämtern nicht zur Auflage gemacht werden, als Ersatz für verlorene Landschaftsteile die bisherigen Ortsdurchfahrten wieder wohngerecht herzurichten? Wir denken vor allem an die Verengung früherer Durchgangsstraßen und gegebenenfalls an ihre Begrünung. Die vormals zur Straßenverbreiterung aufgekauften Grundstücke sollten an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben werden, die dann als Gegenwert die Rekultivierung auf eigene Kosten übernehmen könnten.

## **Braunschweig**

In Braunschweig-Geitelde wurde im Rahmen der Dorferneuerung eine Ortsdurchfahrt beispielhaft ausgebaut. Sie könnte als Modell für weitere Planungen gelten, die dem Charakter der Dörfer angemessene sein sollten.

## **Meppen**

Die geplante Nordumgehung von Meppen wurde zugunsten der „Emslandlinie“ in der Dringlichkeit zurückgestuft. Das gibt unserer Meinung nach Gelegenheit, die naturfeindliche bisherige Trassenplanung gründlich zu überarbeiten. Im Verlauf der geplanten Trasse wurden allerdings schon Grundstückskäufe vorgenommen, die einer Planfeststellung vorgreifen. Sie müssen rückgängig gemacht werden.

Wir befürworten eine „Kleine Lösung“, die den überörtlichen Verkehr aufnimmt und den Stadtteil Ersterfeld sowie das Gewerbegebiet Schützenhof an das Straßennetz B 70 B 402 anbindet. Eine weitere neben der Nordumgehung geplante innerstädtische Verbindung könnte damit entfallen.

## **Braunlage**

Der 2. Bauabschnitt der Ortsumgehung Braunlage im Zuge der B 4 muß noch einmal hinsichtlich seiner Notwendigkeit und Ausführung überdacht werden. Nach Prüfung der Gegebenheiten sind wir der Auffassung, daß auf diese Trasse verzichtet werden kann, obwohl sie auf dem Plan eine konsequente Fortführung des 1. Abschnittes darstellt. Die zu erwartende Landschaftszerstörung steht hier aber in keinem Verhältnis zum Nutzen.

## **Raum Hannover**

Nicht notwendig ist nach unserer Meinung der Neubau der Kreisstraße 21 im Landkreis Hannover, die als Nordumgehung von Ihme-Roloven zwischen Gut Bettensen und Kükenmühle geplant ist. Die neue Kreisstraße 26 von Weetzen nach Devese brachte ausreichende Entlastung.

Beim Baubeginn für die neue Trassenführung der B 65 in Empelde wurden im Mai d. Js. durch Schaufelbagger die Vogelbrut auf einem Kleingartengelände zerstört.

Wir meinen, daß derartige Arbeiten künftig vor oder nach der Brutzeit begonnen werden sollten.

## **Forst- und Wirtschaftswege**

Ein überzogener Ausbau von Forst- und Wirtschaftswegen wird uns aus dem Naturpark ElmLappwald gemeldet. Durch die zum Teil um 6 m verbreiterten Forstwege werden gerade die ökologisch wertvollen und äußerst empfindlichen Waldränder in unverantwortlicher Weise beeinträchtigt. Diese Verbreiterungen müssen aus naturschützerischen und landespflegerischen Belangen unterbleiben.

## Bundesbahnbau

### Hannover-Würzburg

Der Bau der Schnellbahntrasse Hannover-Würzburg, deren verkehrspolitische Notwendigkeit wir nicht in Frage stellen, kollidiert in Planung und Durchführung innerhalb des Naturparks Münden mit vorrangigen Zielsetzungen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Freizeit und Erholung. Die bisher bekanntgewordenen Planungen tragen in keiner Weise dem Gebot des Landesraumordnungsprogramms Rechnung, das den Planern auferlegt, „die Eingriffe im Bereich des Naturparks Münden zu minimieren“.

Wir wenden uns vor allem gegen die offene Bauweise der Trasse in der Gemarkung Lippoldshausen und die Gefährdung von vier Tiefbrunnen für die Trinkwasserversorgung. Eine rücksichtslos die Landschaft durchschneidende Stromversorgungsleitung sowie ein mangelhafter Abraumbeseitigungsplan lassen weitere schwere Schäden erwarten.

Die Stadt Münden befürchtet nach wie vor eine optisch unerträgliche Brückenplanung im Werratal bei Laubach. Neben der bestehenden Autobahnbrücke soll eine zweite und außerdem die Überführung der DB-Schnellbahntrasse Hannover-Würzburg entstehen. Das an dieser Stelle der Naherholung und dem Wassersport dienende Werratal verliert durch diese Häufung jeden Reiz.

Wir begrüßen, daß die Stadt Braunschweig einen Generalverkehrsplan für Stadt und Umland erarbeiten will. In diesem Konzept muß dem öffentlichen Personennahverkehr unbedingt der Vorzug eingeräumt werden.

Gegen die Einbeziehung einer Magnetbahn von Braunschweig nach Wolfenbüttel in dieses Konzept ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Entscheidungen darüber dürfen aber erst nach Vorlage der Planungsergebnisse und ausreichender öffentlicher Diskussion gefällt werden. Dabei müssen die Umweltverträglichkeitsprüfungen im Vordergrund stehen. Untragbare Auswirkungen der Magnetbahn auf Stadtgestalt, sowie auf Natur und Landschaft sind zu vermeiden. Das gilt insbesondere für die Bereiche des Braunschweiger Bürgerparks und der Erholungsräume Okeraue und Lechlumer Holz.

### Lehrte-Hildesheim

Vorbehalte haben wir gegen die von der Stadt Lehrte betriebene Verlegung der Bundesbahnstrecke Lehrte-Hildesheim zwischen Sehnde und Lehrte. Naturschützer, Landwirte und Jäger sind sich einig in der Sorge um ungerechtfertigten Landschaftsverbrauch und die Zerstörung von Wald- und Feuchtgebieten. Im Interesse einer gesunden Kulturlandschaft ist es unverantwortlich, eine Umfahrung durch das „Lehrter Holz“ und das Feuchtgebiet „Uhlenbruch“ zu legen, zumal sie schließlich doch wieder in die Stadt Lehrte führt. Es muß eine innerstädtische Lösung gefunden werden. Land und Bund müssen der Stadt, welche mit der Bahn gewachsen ist und mit ihr leben muß, bei der Finanzierung entsprechender Baumaßnahmen helfen.

## Wasserbau

### Leybucht

Mit dem Entschluß der Landesregierung, die Leybucht nicht einzudeichen, ist die Möglichkeit eröffnet worden, hier eines der bedeutsamsten Naturschutzgebiete an der Nordseeküste einzurichten.

Wir wissen, daß dabei der Deichschutz in vollem Umfang gewährleistet sein muß, warnen aber vor weiteren Eingriffen in der ei-

gentlichen Bucht, soweit dadurch die ökologische Wirksamkeit beeinträchtigt würde. Insbesondere müssen die Salzwiesen als Nahrungspotential für die arktische Vogelwelt unberührt bleiben. Es liegen Lösungsmodelle vor, die Störungen ausschließen. Wichtig scheint uns die Forderung, den Zuwasserungskanal vom Leybuchtziel nach Greetsiel hinter dem Störtebecker Deich entlangzuführen. Ein neuer Seedeich in der Salzwasserzone würde damit überflüssig.

### Untere Siebertalsperre /Harz

Der Niedersächsische Heimatbund hat grundsätzliche Bedenken gegen die Planung einer „Unteren Siebertalsperre“ schon an anderer Stelle angemeldet. Wir befürchten im Falle der Realisierung tiefgreifende landschaftsökologische Auswirkungen unterhalb des geplanten Stausees. Ein ökologisches Gesamtgutachten hätte sinnvollerweise vor Einleitung des Raumordnungsverfahrens erarbeitet werden müssen. Die geplanten schwerwiegenden Eingriffe wären allenfalls dann zu rechtfertigen, wenn eine unabweisbare Notwendigkeit für die Wasserversorgung der Bevölkerung bestünde, was aus dem Erläuterungsbericht jedoch nicht zweifelsfrei hervorgeht. Unklar bleibt, warum die beiden geplanten Überleitungssperren den Trinkwasserbedarf nicht decken können.

## Flüsse und Bäche

### Ausbaumaßnahmen

Äußerst unzufrieden sind wir nach wie vor mit dem Umfang und der Art und Weise wasserwirtschaftlicher Maßnahmen an unseren Flüssen und Bächen. Noch immer wird an vielen Stellen unseres Landes die natürliche Form der Gewässer einschließlich des Baum- und Strauchbewuchses ihrer Ufer rücksichtslos beseitigt. Anschließend entstehen langweilige Wasserabzugskanäle mit flachen Böschungen ohne Gehölz, die schon rein äußerlich erschreckend leblos wirken. Auf die Nachteile und Gefahren dieser Maßnahmen, die ebenso dreist wie falsch als „naturnaher Gewässerausbau“ bezeichnet werden, haben wir seit vielen Jahren mit großer Eindringlichkeit hingewiesen. Trotzdem ist noch kein durchgreifender Wandel spürbar. Manchmal haben wir sogar den Eindruck, daß es nur deshalb zu bestimmten Ausbaumaßnahmen kommt, weil öffentliche Mittel für diesen Zweck bereitstehen und folglich auch verausgabt werden müssen. - Fortwährend ist im öffentlichen Bereich von der Notwendigkeit zum Sparen die Rede; hier gäbe es manche gute Gelegenheit!

Unsere Befürchtungen beziehen sich gezielt u. a. auf geplante Ausbautender Soeste, der Wümme und der Otterbäke vor dem Einfluß ins Zwischenahner Meer.

### Haase bei Meppen

Die Absicht des Wasserwirtschaftsamtes Meppen, die Gefahr des Hochwassers durch weitere Haaseregulierungen abzuwenden, stößt bei Fachleuten und Laien auf immer härtere Kritik. Durch eine sinnvolle Nutzung der bereits bestehenden Polderflächen, Feuchtgebiete und Vorfluter bei Überschwemmungen läßt sich eine weitere Kanalisierung der Haase vermeiden.

### Ems bei Papenburg

Die „Tunxdorfer Schleife“ im Naturschutzgebiet „Emsaltwasser bei Vellage“ ist zu einem bedeutenden Überwinterungsbiotop nordischer Wasservögel geworden. Jagd und Sportnutzungen müssen hier eingeschränkt und Störungen durch Wasserbaumaßnahmen unterlassen werden.

## Salzderhelden

Wir sehen nicht ein, warum das Hochwasser-Rückhaltebecken bei Salzderhelden zum Teil für Wassersport und Freizeitnutzungen freigegeben werden soll, zumal in unmittelbarer Nähe die Northeimer Seenplatte ausreichende Flächen dafür vorsieht. Das Rückhaltebecken sollte nur dem Naturschutz vorbehalten bleiben.

## Spundwände

Wenn schon beim Wasserbau Spundwände oder hohe Mauerfassungen verwendet werden müssen, dann sollte man dem Beispiel des Wasserwirtschaftsamtes Aurich folgen und im Zuge von Baumaßnahmen Wildausstiege herstellen, damit dem Wild ein Kreuzen von Gewässern weiterhin gefahrlos möglich ist.

## Grabenräumung

Unverantwortlich finden wir den Einsatz von schweren Grabenfräsen zur Räumung von Gräben. So setzen Landwirte, die nicht dem Wasser- und Bodenverband angehören, im Raum Reddingen/Reiningen bei Wietzendorf schweres Gerät ein, das jedes Leben von Amphibien brutal zerstört. Bei ihrem Vernichtungswerk hinterläßt die Grabenfräse aus undichten Hydraulikschläuchen oder Simmeringen zu allem Überfluß noch ausgelaufenes Öl. Im Vergleich zu der Flora und Fauna schonenden Handräumung sparen die technikbegeisterten Landwirte bei dem Maschineneinsatz ganze 80 DM auf 1 000 Meter Graben. Mühen und Mehrkosten der Handarbeit scheinen uns hier der Sache des Naturschutzes angemessener.

## Flurbereinigung

### Flurnamen

Auch bei Flurbereinigungen ist die Erhaltung des alten Flurnamen von großer Bedeutung.

Im Zuge der Flurbereinigung Köhlen im Landkreis Cuxhaven haben das Amt für Agrarstruktur Bremerhaven und die örtliche Heimatpflege, vor allem der Heimatbund der Männer vom Morgenstern, diese Aufgabe so vorbildlich gelöst, daß bei der Neufestsetzung der Flurnamen die historischen Bezeichnungen sogar in alter Schreibweise voll wieder eingesetzt werden konnten.

## Entwicklung des ländlichen Raums

Schon in den letzten Roten Mappen haben wir wiederholt davor gewarnt, den ländlichen Raum zum Stiefkind der Landesentwicklung werden zu lassen. Unsere Dörfer und ländlich geprägten Gemeinden sind eine besondere Herausforderung für die öffentliche Hand wie auch für die moderne Heimatpflege.

Wir behandeln das Thema Dörfer und ländlicher Raum an dieser Stelle, weil seine Probleme in die Landschaftserhaltung und Landschaftsgestaltung tief eingreifen.

### Strukturwandel und Erscheinungsbild

Niedersachsen verfügt über abwechslungsreiche Hauslandschaften und Siedlungsstrukturen im ländlichen Raum, die im Zusammenwirken mit der Natur das charakteristische Erscheinungsbild der einzelnen Landesteile bestimmen. Dieses überwiegend harmonische Bild ändert sich jedoch sehr schnell infolge der Realität des Übergangs von der Agrar- zur Konsumgesellschaft. Tradierte Hausformen, wie das niederdeutsche Hallenhaus und das Gulphaus mit ihren zahlreichen örtlichen und regionalen Ausprägungen, sind als bestimmende

Baukörper für die modernen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden immer weniger geeignet.

Durch den Strukturwandel werden zahlreiche alte Hofstellen nicht mehr bewirtschaftet und geraten in Gefahr, zu verfallen oder abgerissen zu werden, falls sie nicht - bei kleineren Dimensionen - ungenutzt werden können.

Im ländlichen Raum steht heute Neues und Altes im extremen Kontrast einander gegenüber, weil aus wirtschaftlichen Gründen unkonventionelle Baukörper den Vorrang bekommen und eine Vielzahl von Baustoffen und Bauformen zur Verfügung stehen. Zudem wird das Schlagwort „Lebensqualität“ oft so interpretiert, daß dem individuellen Gestaltungswillen keine Schranken gesetzt sind. Qualifizierte Architekten und Planer werden im ländlichen Raum nicht im wünschenswerten Maße hinzugezogen.

Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, daß eine ländliche Gemeinde heute nicht mehr von Angehörigen land- oder forstwirtschaftlicher Berufe geprägt ist, wie es noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall war. Städtische und ländliche Lebensformen haben sich weithin einander angeglichen. Die Dörfer erhalten zwangsläufig neue Funktionen, z. B. durch Wohnsiedlungen, die sich am städtischen Vorbild orientieren und die ortsprägende tradierte Bausubstanz zurückdrängen. Viele Bauaufgaben im Zuge dieses Nivellierungsprozesses harmonisieren kaum mit der agrarorientierten Altbebauung. Vor allem Banken, Supermärkte und Gewerbebetriebe sprengen die üblichen Proportionen sträflich.

### Zukunftsperspektiven

Wenn wir heute erneut fordern, daß der ländliche Raum einen unverwechselbaren Charakter behalten oder zurückhalten muß, dann tun wir das in dem Bewußtsein, daß sich einige der genannten Entwicklungen nicht aufhalten lassen, und daß es sogar widersinnig wäre, dörfliche Klischeebilder als strukturpolitische Leitvorstellungen zu übernehmen, weil sie der jetzigen Wirklichkeit entrückt sind und sich gegen jeden Wandel sperren. Wir haben aber auch Verständnis für Abwehrreaktionen und sagen deutlich, daß wir nicht gewillt sind, typische Fehlentwicklungen im gestalterischen und im sozialen Bereich hinzunehmen.

Neubauten im Barackenstil, verkleidete Fachwerkfassaden, klotzige Bauten, im Außenbereich sowie übertriebene Verkehrserschließungsmaßnahmen bleiben ebenso unerträglich wie die Zerstörung des politischen und kulturellen Lebens, die Auflösung der Nachbarschaften, die Verlängerung der Schulwege und die durch diese Entwicklung bedingte Vereinsamung des Menschen.

### Personalsituation

Eine Lösung der Probleme braucht keinen Verzicht auf sanitäre und wirtschaftliche Forderungen beinhalten, aber die Eigenart des ländlichen Raumes kann auch nicht erhalten werden durch die Flucht in nostalgische Kosmetik. B e s e r n muß sich vor allem die Personalzusammensetzung in der Verwaltung und bei den freien Berufen. Es ist richtig, die Bürokratie und ein Übermaß an Vorschriften abzubauen, da diese immer die schöpferische Arbeit ersticken. Originelle Lösungen bedürfen des persönlichen Einsatzes. Wir müssen deshalb erreichen, daß es für junge Landespfleger, Architekten, Verwaltungsjuristen - aber auch Lehrer und Ärzte - wieder ein Anreiz wird, in einer ländlichen Gemeinde tätig zu sein. Hier besteht ein untragbares

Gefälle zwischen Stadt und Land, das schnell abgebaut werden muß. Aktivitäten, von allen Seiten sind erforderlich.

### **Dorferneuerungsprogramm**

Immer noch sehr unterschiedliche Ergebnisse sind auch in diesem Berichtsjahr mit den sogenannten Dorferneuerungsprogrammen erreicht worden. Wenn sich auch die Ämter für Agrarstruktur zunehmend bemühen, einen großen Teil der bestehenden Bau- und Landschaftsstruktur im Zuge ihrer Maßnahmen zu erhalten, so liegen uns andererseits ebensoviele Klagen vor über eine voranschreitende Zerstörung geschlossener Dorfkomplexe durch agrarstrukturelle Eingriffe und kommunale Bebauungspläne. Viele unserer Freunde befürchten nach wie vor eine Auflösung aller gewachsenen Dorfstrukturen.

Um zu verdeutlichen, wie die Entwicklung des ländlichen Raumes künftig quantitativ und qualitativ gesteuert werden soll, müssen Leitvorstellungen aufgestellt werden, die anhand von Beispielen auf örtlicher Ebene aufzeigen, wie die Verwirklichung politischer Intentionen bei der konkreten Aufgabenstellung umgesetzt worden ist.

Teilen Sie, Herr Ministerpräsident, unsere Auffassung, daß der offensichtlichen Fehlentwicklung im ländlichen Raum auf diese Weise entgegengesteuert werden kann?

Wir meinen: Es ist die Aufgabe des Bundes, des Landes und der Kreise, das Instrumentarium und die Mittel bereitzustellen, um den ländlichen Entwicklungsprozeß angemessen zu steuern.

Das mit dem Jahr 1980 abgelaufene Dorferneuerungsprogramm zeigt beachtliche Ansätze zu einer ganzheitlichen Betrachtungsweise des Dorfes mit dem Ziel, Entwicklungskonzeptionen aufzuzeigen und zugleich durch Beispiele Maßstäbe zu setzen. Wir fragen die Landesregierung, welche Schritte sie unternehmen will, um der Problematik des sich so schnell verändernden ländlichen Raumes Rechnung zu tragen, nachdem der Bund nicht dazu bewegt werden konnte, das Dorferneuerungsprogramm fortzuschreiben?

## **V. Denkmalpflege**

Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 hat nicht nur eine breite Öffentlichkeit mobilisiert, sondern führte auch ein zunehmendes Verständnis der Politiker auf allen Ebenen für Fragen der Denkmalpflege und der Sanierung herbei. Seit 1980 häufen sich nun Äußerungen, die vor überzogenen Forderungen warnen. Wenn auch Kritik in Einzelfällen berechtigt sein mag, wenden wir uns entschieden gegen jeden neuerlichen Versuch, den Stellenwert der Denkmalpflege herabzusetzen. Im Bereich der Bauleitplanung gerät die Erhaltung der Kulturdenkmale entgegen der Intentionen des Denkmalschutzgesetzes - in Konflikt mit sachlichen Zwängen, für die ein Abwägungsgebot besteht. Uns beunruhigt die Tendenz, Entscheidungen über die Denkmalqualität von Gebäuden zu politisieren.

### **Ausstattung der staatlichen Denkmalpflege**

Unertürlich sind nach unserer Meinung die Restriktionen, die mit der knappen Ausstattung der staatlichen Denkmalpflege im Landeshaushalt verbunden sind. Das Denkmalschutzgesetz ist nur dann wirksam, wenn es den Denkmaleigentümern unzumutbare Lasten ab-

nimmt. Jede Kürzung der verfügbaren Mittel bedeutet eine Einschränkung des Denkmalschutzes und einen empfindlichen Schlag gegen unser kulturelles Erbe. Die erfreulichen Leistungen der letzten Jahre rechtfertigen heute keinen Stillstand und erst recht keinen Rückschritt.

Wie sehr die Staatlichen Denkmalpflege unter der gegenwärtigen Situation leidet, beweisen die Klagen unserer Mitarbeiter über die völlige Überlastung der Bezirkskonservatoren, den häufigen personellen Wechsel und die ungenügende Finanzausstattung, die dazu führt, daß weniger Einzelobjekte bezuschußt werden können.

### **Ehrenamtlich Beauftragte**

Das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz sieht die Berufung ehrenamtlicher Beauftragter für den Denkmalschutz vor. Wir meinen, diese Funktion sollte weniger von Berufsgruppen wahrgenommen werden, die direkt an Sanierungs- und Restaurierungsvorgängen beteiligt sind, sondern von sachkundigen Bürgern. Hier liegt ein wichtiger Aufgabenbereich für die Heimatpflege.

Ehrenamtliche Unterstützung und Kontrolle kann allerdings nicht den Aufgabenbereich - z. B. eines Stadtbildpflegers - in der hauptamtlichen Denkmalpflege ersetzen und umgekehrt.

### **Landkreise**

Hilfen für die Bürger zur Erhaltung historischer Bauten sind nicht nur Aufgabe der Städte und des Landes. Auch die Landkreise sollten nach besonderen Richtlinien die Instandsetzung und Erhaltung z. B. von Fachwerkhäusern in historisch gewachsenen Ortskernen von Landgemeinden fördern.

So stellt z. B. der Landkreis Göttingen je Gebäude Zuschüsse bis zu 750,- DM zur Verfügung, um Fachwerk zu erhalten und von schädlichen Behängen zu befreien. Dazu stehen jährlich 100 000,- DM Haushaltsmittel zur Verfügung. Der Kreis verfolgt damit das Ziel, die Eigenart der südniedersächsischen Dörfer zu bewahren, den Fremdenverkehr zu intensivieren und dem Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ neue Impulse zu verleihen.

### **Information**

Der beste gesetzliche Denkmalschutz kann nicht praktiziert werden, wenn die Bürger keine Informationen über das Wesen von Denkmalen sowie über bauliche und finanzielle Möglichkeiten ihrer Erhaltung bekommen. Wir begrüßen deshalb die Informationsbroschüre des Wissenschaftsministeriums, die im April ds. Js. herausgebracht wurde.

Das Institut für Denkmalpflege hat mit dem Heft „Informationen 1“ die Herausgabe einer wichtigen Reihe begonnen, welche in zwangloser Folge fortgesetzt werden soll. Heft 1 informiert die Denkmalbesitzer über steuerliche und rechtliche Fragen.

Auch die Arbeitsgemeinschaft „Historische Fachwerkstädte“ hat mit der Herausgabe einer Schriftenreihe zur Anleitung für Handwerker begonnen. Die erste Broschüre befaßt sich mit Dachdeckung, Wandbekleidungen und Schieferdeckerarbeiten.

### **Handwerkerfortbildung**

Die Arbeitsgemeinschaft „Historische Fachwerkstädte“ hält ein enges Zusammenwirken der Handwerkskammern sowie der Städte und Gemeinden mit den entspre-

chenden hessischen Partnern bei der Handwerkerfortbildung für unerlässlich. Das in Fulda gegründete Handwerkerfortbildungszentrum „Propstei Johannesberg“ ist ein geeignetes und vorbildliches Modell zur Lösung dieser Frage. Dem Fuldaer Zentrum gehören bereits eine Reihe niedersächsischer Städte an, womit - wenigstens für den südlichen Bereich unseres Landes - eine grenzüberschreitende Aufgabenstellung dieser Einrichtung sichtbar wird.

Eine ähnliche Institution sollte nach unserer Meinung in vergleichbarer Organisationsform im nördlichen Niedersachsen geschaffen werden, die auch den benachbarten Bundesländern zur Verfügung stehen könnte.

## Baudenkmalpflege

### Stadt-, Orts-Sanierungen

Einen schweren Schlag für unsere Sanierungsstädte bedeutet das ersatzlose Auslaufen des Zukunftsinvestitionsprogramms und des Energiesparprogramms, aus denen in den letzten Jahren zahlreiche Sanierungsmaßnahmen finanziert wurden. Wir bitten die Landesregierung, beim Bund auf eine Fortschreibung dieser und ähnlicher Programme hinzuwirken, von denen auch viele Arbeitsplätze im qualifizierten Handwerk abhängen.

#### Fußgängerzonen

In über 275 niedersächsischen Städten und Gemeinden werden nach Angaben des Sozialministeriums zur Zeit verkehrsberuhigende Maßnahmen geplant. 255 Fußgängerzonen sind bereits als Einkaufs- und Geschäftsstraßen entstanden. Wir begrüßen diese Entwicklung, warnen aber vor einer allzu einseitigen Ausrichtung der Fußgängerbereiche auf wirtschaftliche Belange. Unsere alten Stadt- und Gemeindeviertel dürfen nicht zum bloßen Gewerbegebiet verkümmern, sondern müssen vorrangig Wohnbereiche mit ausgeglichener Sozialstruktur und entsprechenden Dienstleistungen beheimaten. Nur zu oft vertreiben eintönig möblierte und übernutzte Fußgängerzonen die letzten Anwohner, wenn der Lärm wieder den Pegel einer Durchgangsstraße erreicht.

#### Einbeck

Deshalb begrüßen wir es, daß in der Stadt Einbeck das Sanierungsgebiet jetzt förmlich festgelegt worden ist. Die Stadt verfolgt das Ziel, vor allem die Lebensbedingungen in der Altstadt spürbar zu verbessern, wozu in erster Linie eine Verkehrsberuhigung nötig wäre.

#### Verkehrs-Haltestellen

An Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel müssen nicht immer einfallsslose und die bauliche Umgebung entfremdete Plastikschrägen als Wetterschutz für die Fahrgäste aufgestellt werden.

Eine gute Idee hat der Bauernhausverein in Isernhagen in die Tat umgesetzt, indem er an der Bushaltestelle vor der Farschter Grundschule ein Wartehäuschen aus altem Fachwerk und Steinen errichtet hat. Die Verkehrsgesellschaften sollten aber nicht auf weitere Privatinitiativen warten, sondern selbst tätig werden.

#### Oldenburg

Infolge heftiger Bürgerproteste hatte die Stadt Oldenburg 1979 beim Europarat ein Gutachten über das Dobbenviertel in Auftrag ge-

geben. Zum Konflikt war es wegen eines geplanten Erweiterungsbaus der Bezirksregierung Weser-Ems gekommen. Wir unterstützen die Empfehlung des Europarat-Gutachtens, für das Dobbenviertel verbindliche Bebauungspläne mit dem Schwergewicht „Reines Wohngebiet“ sowie eine entsprechende Verkehrsplanung zu erstellen.

#### Debstedt

Der von großen Lindenbäumen umstandene Marktplatz der Gemeinde Debstedt im Landkreis Cuxhaven ist in der bestehenden Form ein Kulturdenkmal im Sinne des niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes. Wir wenden uns - im Einvernehmen mit unseren örtlichen Mitarbeitern - gegen den Plan, ausgerechnet auf dieser Fläche ein Heimatmuseum im Fachwerkstil zu erbauen. Dafür dürfte sich ein anderer Platz finden. Auch eine Verbreiterung der Landesstraße darf weder den Marktplatz noch den Baumbestand gefährden.

#### Ebstorf / Landkreis Uelzen

Der Gemeinde Ebstorf im Kreis Uelzen droht eine sogenannte Ortskernsanierung, in deren Zuge mehrere alte Fachwerkgebäude - darunter eines aus dem Jahre 1745 - der Straßenverbreiterung und dem Bau von Parkplätzen geopfert werden sollen. Besonders schmerzlich wäre auch der Abriß des aus dem Jahre 1896 stammenden mehrgeschossigen Räucherhauses, das letzte im Landkreis Uelzen. Für das natürlich gewachsene Ortsbild des Klosterfleckens Ebstorf, das schon jetzt empfindlich durch großstädtische Bauelemente gestört ist, würde die Verabschiedung dieses Bebauungsplanes den Todesstoß bedeuten.

## Einzelobjekte

### Landeseigene Baudenkmale

In den letzten 10 Jahren ist es - vor allem durch die Initiative einzelner Gemeinden und Landkreise - möglich geworden, zahlreiche Baudenkmale instandzusetzen und sie einer meist öffentlichen Nutzung zuzuführen.

Die Landesregierung muß sich jedoch heute fragen lassen, wie sie es mit ihren eigenen historischen Bauten hält, unter denen, sich bedeutende Baudenkmale befinden. Mit dem Verkauf und der Verlagerung der Verantwortung auf andere oder mit lobenswerten Einzelaktionen, wie dem Erwerb des Viehweghauses in Braunschweig, das zu einem Museum ausgebaut wird, ist es nicht getan.

Der Niedersächsische Heimatbund vermißt hier ein Konzept, dem die Prüfung der Frage vorausgehen sollte, ob ein Zusammenschluß der Baudenkmale in einer zentralen Liegenschaftsverwaltung zweckmäßig wäre. Allerdings dürfte schon jetzt feststehen, daß das Modell anderer Schlösserverwaltungen - z. B. in Bayern, Hessen oder Berlin - nicht auf Niedersachsen übertragen werden kann.

#### Herrenhäuser Schloßgärten

An dieser Stelle bringen wir erneut die Meinung des Niedersächsischen Heimatbundes zum Ausdruck, daß die Herrenhäuser Schloßgärten in Hannover einen neuen architektonischen Abschluß erhalten müssen, wenn wieder ausreichende Mittel zur Verfügung stehen werden. Vordringliche Aufgabe ist nach wie vor die Erhaltung und Restaurierung der bestehenden Anlagen und Gebäude.

#### Celler Schloß

Der „Rittersaal“ im Osttrakt des Celler Schlosses sollte als überaus seltenes Zeugnis des 16. Jahrhunderts in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt werden.

## **Industriedenkmale**

Auch im Agrarland Niedersachsen spielt die Erhaltung von baulichen Zeugnissen industrieller Entwicklung eine zunehmende Rolle. Bei der Unterschutzstellung von Industriedenkmalen muß nach unserer Auffassung auch die Folgenutzung sorgfältig erwogen werden. Leerstehende Fabrikhallen können nicht als Kulisse dastehen, sondern müssen mit Funktionen erfüllt werden.

### **Saline Lüneburg**

In diesem Zusammenhang wünschen wir uns auch die Erhaltung der Saline in Lüneburg. Im September 1980 ist die über tausendjährige Tradition der Saline zu Ende gegangen, nachdem die Siedesalzgewinnung für den internationalen Konzern nicht mehr wirtschaftlich war. Alle bisherigen Bemühungen, aus der Anlage ein technisches Museum zu machen, scheinen nicht gefruchtet zu haben. Die noch vorhandenen Anlagen sind völlig ungeschützt und stehen: Altmetallräubern offen, die schon große Schäden angerichtet haben. Dieses überaus wichtige Industriedenkmal muß umgehend geschützt und gerettet werden. Wir hoffen, daß ein Skandal noch zu vermeiden ist.

### **Oberharzer Wasserwirtschaft**

Es scheint nunmehr im Grundsatz unbestritten, daß es sich bei dem System der Oberharzer Wasserwirtschaft um ein einmaliges wasserwirtschaftliches Baudenkmal handelt. Die charakteristischen Anlagen des Harzregals, einschließlich der Anlagen im Bereich von St. Andreasberg, müssen jetzt nach dem von der Bezirksregierung Braunschweig erarbeiteten Gesamtkonzept unter Denkmalschutz gestellt werden. Inhalt und Umfang der Schutzbestimmungen müssen dabei im Einzelfall präzisiert und nach konkreten Erhaltungsgrundsätzen festgelegt werden.

### **Ditzum**

Noch immer unbefriedigend verlaufen die Planungen für den Hafen in Ditzum. In einem Anhörungsverfahren wurde darauf hingewiesen, daß für die Sicherung des Sielhafens kein Deich in Regelhöhe nötig sei, da durch eine Vordeichung genügend Schutz gegeben werden könne. Hier muß eine unbürokratische Lösung gefunden werden, die verhindert, daß der Hafen völlig durchgedeicht wird. Eine Vorverlegung der Siele würde einen schweren Eingriff in die gewachsene Struktur von Hafen und Ort darstellen.

### **Helmstedt**

Die 1966 - 1971 vom Landkreis Helmstedt durchgeführte Renovierung des 1592 - 1596 erbauten Hörsaalgebäudes der ehemaligen Universität Helmstedt, des „Juleums“, ist mit einem Diplom der „Europa Nostra“ gewürdigt worden. Die Auszeichnung erfolgte für die hervorragende Restaurierung, geschmackvolle neue Farbgebung und die neue Nutzung als Konzerthaus.

Das Kloster St. Ludgeri in Helmstedt soll mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln restauriert werden. Es ist beabsichtigt, nach der Restaurierung der Konventgebäude hier eine Begegnungsstätte für die Christen der Region Braunschweig und Berlin zu errichten. Das Schicksal der langgestreckten barocken Wirtschaftsgebäude bleibt wegen der schwierigen Suche nach einem Nutzer weiterhin ungewiß.

### **Wolfenbüttel**

In Wolfenbüttel sind das Lessinghaus und nun auch das Zeughaus restauriert und in das Bibliotheksquartier der Herzog August Bibliothek einbezogen worden. Diese Maßnahmen des Landes haben weltweite Anerkennung gefunden und den Ruf Wolfenbüttels als Stätte der internationalen Forschung für die Kulturge-

schichte der frühen Neuzeit gefestigt. Leider sind an diesen restaurierten historischen Bauten nun schon Schäden und Risse festzustellen, die auf den starken Lastwagenverkehr zurückzuführen sind, der unmittelbar an den Gebäuden vorbeigeleitet wird. Es erscheint dringend erforderlich, das Bibliotheksquartier von dem starken Durchgangsverkehr zu befreien.

### **Klosterkammer Hannover**

Die Klosterkammer Hannover hat im letzten Jahr mehrere alte Gebäude ihrer Revierförstereien saniert.

Dagegen hat die Klosterkammer das ehemalige Pächterwohnhaus im Klostersgut Grauhoof in Goslar nun doch abgerissen, nachdem offenbar keine Einigung über die Nutzung gefunden werden konnte. Das ist bedauerlich.

### **Northeim**

In der St. Blasien-Kapelle in Northeim sind gotische und barocke Wandmalereien in größerem Umfang als ursprünglich erwartet freigelegt worden. Es ist wünschenswert, wenn sich die Stadt Northeim und das Landeskirchenamt als finanzielle Träger zu einer Restaurierung der Malereien entschließen könnten.

### **Moringen**

Große Sorge bereitet uns die Martini-Kirche in Moringen. Das seit langem - mit einigen Unterbrechungen - ungenutzte Gebäude wird von der Kirche nicht mehr benötigt und soll nun, nachdem weder die Gemeinde Moringen noch der Landkreis Northeim an einem Kauf interessiert waren, in Privatbesitz übergehen. Das darf nur geschehen, wenn das äußere Erscheinungsbild erhalten bleibt und das Kircheninnere durch die neue Nutzung nicht allzu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird.

### **Alfeld/Leine**

Das im neoklassizistischen Stil erbaute ehemalige Gesundheitsamt in Alfeld bildet zusammen mit drei benachbarten Gebäuden einen erhaltenswerten Übergang von den altstädtischen Fachwerkreihen zur Einzelbebauung. Die Stadt Alfeld sollte das in ihrem Besitz befindliche und seit Jahren ungenutzte Haus renovieren und die Nutzungsfrage klären.

### **Grubenhagen**

Seit 1977 ist die Burgruine Grubenhagen von einer Bürgerinitiative mit vorbildlichen Eigenleistungen vor dem totalen Verfall bewahrt worden. Wir hoffen nun, daß die Sicherungsarbeiten mit Unterstützung der öffentlichen Hand, der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft und privater Spender in diesem Jahr abgeschlossen werden können.

### **Goslar**

Das durch Immissionen in seiner Substanz stark bedrohte „Breite Tor“ in Goslar muß dringend restauriert werden. Land und Bund sollten der Stadt bei diesem teuren Vorhaben helfen.

### **Hankensbüttel**

In Hankensbüttel wird das ehemalige Amtsgerichtsgebäude mit dem dazugehörigen Dienstwohnhaus in ein Schulinternat umgewandelt. Durch die neue Nutzung können die baulichen Anlagen in ihrem Bestand erhalten werden.

### **Hitzacker**

In Hitzacker soll das ehemalige Zollhaus dem Bundesfiskus abgekauft und zum Museum ausgebaut werden. Wir hoffen, daß nun bald eine Einigung über Einzelheiten der Nutzung zustandekommt, damit das Projekt verwirklicht werden kann.

### **Buchholz/Nordheide**

Mit dem Geschichts- und Museumsverein Buchholz in der Nordheide sind wir verärgert darüber, daß für das älteste Haus der Stadt Buchholz aus dem Jahre 1654 bedenkenlos eine Abrißgenehmigung erteilt wurde. Wir hoffen, daß das Gebäude noch gerettet werden kann.

### **Stade**

Mit großem Kostenaufwand hat die Stadt Stade das vom Verfall bedrohte St. Johanniskloster in Stade wiederhergestellt. In den im ursprünglichen Zustand erhaltenen Räumlichkeiten sollen verschiedene öffentliche und kulturelle Einrichtungen untergebracht werden.

### **Bederkesa**

Ganz hervorragend gelungen sind Wiederaufbau und Restaurierung der Burg Bederkesa. Dieses aus dem 12. Jahrhundert stammende Bauwerk wurde vor fünf Jahren vom damaligen Kreis Wesermünde für 800 000,- DM erworben und vom jetzigen Großkreis Cuxhaven für mehrere Millionen Mark zu einem kulturellen Mittelpunkt ausgebaut.

### **Lernförde**

Seit 1979 unterstützen wir die Bemühungen des Vereins für Denkmalpflege Lemförde um die Rettung des sogenannten Amtshofes. Ein Gespräch zwischen Vertretern des Kreisheimatbundes Diepholz, der Samtgemeinde Lemförde und der Landesdenkmalpflege über die dringend notwendige Sanierung des Schloßgebäudes hat stattgefunden. Wir hoffen sehr, daß es nun zu einer Einigung über Ankauf und Nutzung von Grundstück und Gebäude kommt.

### **Harpstedt**

Der historische Amtshof in Harpstedt im Landkreis Oldenburg wurde von der Samtgemeinde Harpstedt mit Hilfe des Landes Niedersachsen und des Landkreises restauriert. Er ist jetzt Verwaltungssitz von Samtgemeinde und des Fleckens Harpstedt.

### **Bad Zwischenahn**

Im näheren Umfeld des Freilichtmuseums „Ammerländer Bauernhaus“ in Bad Zwischenahn dürfen unseres Erachtens keine baulichen, und gestalterischen Veränderungen vorgenommen werden, die den Gesamteindruck stören. Die das Gelände im Süden umgrenzende Häuserreihe darf keinen Spekulationsobjekten geopfert werden. Auf einem repräsentativen Eingang zum Kurpark könnte verzichtet werden.

## **Bodendenkmalpflege**

### **Ehrenamtliche Beauftragte**

Einige Landkreise haben zwei Jahre nach Inkrafttreten des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes nun endlich ehrenamtliche Beauftragte für die archäologische Denkmalpflege berufen. Wir hoffen, daß die restlichen Kreise bald nachziehen werden.

### **Kreisarchäologen**

Bei den Landkreisen sollte auch die Stelle eines hauptamtlichen Kreisarchäologen eingerichtet werden, wie es in einigen Landkreisen unseren Wünschen entsprechend bereits geschehen ist.

### **Information vor Erdarbeiten**

Immer wieder kommt es vor, daß die Kreisdenkmalpflege nicht oder aber zu spät von geplanten Erdarbeiten erfährt.

Oft können dann nicht einmal mehr Notgrabungen vorgenommen werden. Solche Informationen müssen frühzeitig an die entsprechenden Stellen gegeben werden.

### **Schäden durch Flurbereinigungen**

Infolge der seit Jahrzehnten kontinuierlich durchgeführten Flurbereinigungen - Tiefpflügen und Planieren der Flächen; Anlegen von Wegen und Entwässerungsgräben - wurde und wird ein großer Teil der vorhandenen archäologischen Fundstellen vernichtet. Da in den Landkreisen Grafschaft Bentheim und Emsland bisher keine archäologische Landesaufnahme durchgeführt worden ist und der Umfang der Flurbereinigungsverfahren ständig zunimmt, läßt sich abschätzen, wie lange noch intakte Fundstellen vorhanden sein werden. Es wird Zeit, daß die Ämter für Agrarstruktur und die Archäologie zusammenarbeiten und gemeinsam nach Wegen suchen, wie die noch vorhandenen Fundstellen gerettet und ausgewertet werden können.

### **Moorarchäologie**

Seit vielen Jahren wirkt unser Beiratsmitglied Hajo Hayen mit großem Erfolg auf dem Gebiet der Moorarchäologie. Seine fundierten Beiträge zur Moorforschung sind von großer und auch internationaler Bedeutung. Diese Arbeit muß dringend unter besseren Bedingungen fortgeführt und ausgeweitet werden, da die Zeit drängt und wesentliche Projekte noch in Angriff genommen werden müssen.

### **Braunschweig**

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege und dem Stadtkirchenbauamt hat die Stadt Braunschweig zwei archäologische Stationen des geplanten Stadtgeschichtspfades eingerichtet. Es handelt sich um die Jakobskapelle am Eiermarkt und ein Grabungsgebiet auf dem Kohlmarkt.

### **Hamel**

Im Rahmen der Hamelner Stadtkernerneuerung konnte das Institut für Denkmalpflege in guter Zusammenarbeit mit der Stadt in den Jahren 1979 und 1980 zahlreiche Grabungen vornehmen, die neue Aufschlüsse über Geschichte und Leben der Stadt Hameln im Mittelalter geben.

### **Soltau**

Die Staatliche Bodendenkmalpflege bedarf einer breiteren Unterstützung durch die ehrenamtliche Heimatpflege. Zu diesem Zweck hat der „Heimatbund des Kreises Soltau“ seit 1932 eine „Paläolithische Arbeitsgemeinschaft“ ins Leben gerufen, die ständig Feldbegehungen unternimmt und Beiträge zur archäologischen Bestandsaufnahme leistet.

## **VI. Niederdeutsche Sprache**

### **Plattdeutsch in der Schule**

Wir freuen uns über Berichte, daß plattdeutsche Sprache und Literatur wieder Eingang in den Schulunterricht finden. Schüler eines Oberstufenkurses gaben mehrere Gründe an, warum sie sich für einen Kurs über Niederdeutsche Sprache gemeldet hatten: Neben dem Interesse an der Sprache bestand der Wunsch, den norddeutschen Raum und seine Menschen besser kennenzulernen sowie das Plattdeutsche als Umgangssprache zu erhalten. Die Beschäftigung mit niederdeutscher Gegenwartsliteratur war hier ein guter Einstieg.

Immer mehr Anklang finden plattdeutsche Schüler-Lesewettbewerbe.

Das Institut für niederdeutsche Sprache in Bremen hat in Ergänzung zur Lesemappe „Schüler lesen Platt“ jetzt eine Tonbandkassette hergestellt, die den Zugang zum gedruckten Text erleichtern soll.

Zur Betreuung des Arbeitsbereiches Niederdeutsch und Schule will das Bremer Institut einen weiteren Wissenschaftlichen Mitarbeiter einstellen, der bei der Organisation von Lesewettbewerben und bei Lehrbuchfragen beratend zur Seite stehen soll.

## **Plattdeutsch in der Kirche**

Wir sind erfreut über die sehr erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaft plattdeutscher Pastoren in Niedersachsen, die lebendig mit plattdeutschen Geistlichen in Mecklenburg zusammenarbeitet.

Die Arbeitsgemeinschaft hat erstmals durchgesetzt, daß beim diesjährigen Kirchentag in Hamburg plattdeutsche Veranstaltungen stattgefunden haben, und zwar insgesamt gleich fünfzig. Auch das Motto des Kirchentages „Fürchte dich nicht“ wurde wahlweise in Platt angeboten: „Wees nich bang!“

## **Plattdeutsche Straßennamen**

Gut finden wir, daß im historischen Innenstadtbereich von Einbeck ehemalige plattdeutsche Namenszüge für Straßen wieder zu neuem Leben erweckt werden sollen. Die hochdeutschen Straßennamen bekommen als Untertitel den ehemaligen plattdeutschen Namen.

## **Niederdeutsches Wörterbuch**

In diesem Jahr wird wieder eine neue Lieferung des Niederdeutschen Wörterbuches erscheinen. Wir bitten die Landesregierung, eine schnelle Fertigstellung dieses großen Dialektwörterbuches mit allen Mitteln zu ermöglichen.

# **VII. Geschichte, Brauchtum, Museen**

## **Arbeit des Museumsverbandes**

Das spürbar zunehmende Interesse von Bürgern und Politikern an unseren Museen wirkt sich auch auf die Arbeit des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen aus. Seine ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder sind zumeist Leiter größerer Museen und sehen sich deshalb außerstande, den wachsenden Anforderungen auf der bestehenden personellen und organisatorischen Grundlage gerecht zu werden. Unbefriedigend ist der gegenwärtige Zustand vor allem für die mittleren und kleinen Museen in Kreisen und Kommunen, die ohne wissenschaftliches Personal auskommen müssen.

Um das Gefälle zwischen den großen Museumszentren und den mit Museumswissenschaftlern völlig unterversorgten Regionen unseres Landes abzubauen, ist es dringend erforderlich, für den Museumsverband einen „Wissenschaftlichen Dienst“ einzurichten, der zunächst aus einem hauptamtlichen Museumswissenschaftler und einer Schreibkraft bestehen sollte.

Die Finanzierung dieses „Wissenschaftlichen Dienstes“ sollten das Land Niedersachsen sowie sämtliche Kreise, Städte und Gemeinden übernehmen, die Träger oder Förderer von Museen sind.

## **Südniedersachsen**

Die „Arbeitsgemeinschaft Südniedersächsischer Heimatfreunde e. V.“ hat den Anstoß zur Entwicklung eines „Museumspädagogischen Dienstes für Südniedersachsen“ gegeben. Es

ist jetzt die Angelegenheit der dortigen Museen und ihrer Träger, die Voraussetzungen für dieses Modell zu schaffen. Wir hoffen, daß sie gemeinsam mit dem Museumsverband und den Heimatfreunden den Gedanken in die Tat umsetzen können.

## **Ostfriesland**

Der museumspädagogische Versuch „MOBiLe“ im ostfriesischen Museumsverband ist mit dem 31. August 1981 ausgelaufen. Die zuständige Arbeitsgemeinschaft der Bund-Länder-Kommission hat eine Verlängerung mit der Begründung abgelehnt, daß in der bisherigen Laufzeit ausreichende Ergebnisse erzielt worden seien. Wir sind dagegen mit der Ostfriesischen Landschaft der Auffassung, daß eine grundlegende Veränderung der Museumsstruktur in diesem ländlichen Raum noch nicht abgeschlossen ist und der Modellversuch einer Fortsetzung bedarf. Das Land sollte auf eine Verlängerung hinwirken oder aber eigene Wege zur Weiterführung der überaus fruchtbaren Arbeit beschreiten.

## **Heimatismuseen und -stuben**

Nicht überall müssen Heimatismuseen entstehen, zumal die öffentliche Hand überfordert ist, wenn die Gründer um Zuschüsse bitten. In letzter Zeit nehmen die Bestrebungen zu, in Gemeinden und Ortsteilen sogenannte „Heimatsstuben“ einzurichten. Auch hier warnen wir sowohl vor Eintönigkeiten bei Ausstellungsgegenständen und Präsentation sowie vor übertriebenen Beihilfeerwartungen. Nur wirkliche regional und überregional bedeutsame Exponate rechtfertigen eine Neugründung.

## **Zetel**

Seit drei Jahren besteht in der Gemeinde Zetel im Landkreis Friesland das „Schulmuseum Bohlenbergerfeld“, eine in der Bundesrepublik wohl seltene Einrichtung, die über schulgeschichtliche Fragen im Rahmen der jeweiligen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse informiert.

## **Celle**

Die bemerkenswerte Sammlung von Militär- und Ziviluniformen der königlich-hannoverschen Zeit im Celler Bomann-Museum ist durch ständigen Lichteinfall stark gefährdet. Hier muß Abhilfe geschaffen werden.

## **Heinrich Sohnrey-Archiv**

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich über neue Aktivitäten der seit 1949 bestehenden „Heinrich Sohnrey - Gesellschaft“. Das literarische Erbe des über Niedersachsen hinaus bedeutenden niederdeutschen Schriftstellers und ländlichen Sozialreformers Heinrich Sohnrey pflegt die Gesellschaft in dem von ihr 1951 geschaffenen Archiv im mittelalterlichen Burgturm von Jühnde im Landkreis Göttingen. Zur Abwendung weiterer Verfallsschäden am Turmgebäude sind eine Reihe von Instandsetzungsarbeiten erforderlich, die Idealismus und finanzielle Möglichkeiten der Mitglieder überfordern. Die anliegenden Gemeinden, der Landkreis Göttingen und das Land sollten der Heinrich Sohnrey-Gesellschaft bei dieser Aufgabe helfen.

## **Musikschulen**

In der Roten Mappe 1979 haben wir auf die hervorragende Arbeit der Musikschulen in unserem Land aufmerksam gemacht und ein ausreichendes Angebot im Lande gefordert.

Vorbildlich organisiert ist nach unserer Meinung die 1966 in die öffentliche Hand überführte Musikschule des Emslandes. Sie wird von einem Verein getragen, deren Träger der Landkreis Emsland und zahlreiche Städte und Gemeinden sind. Mit 4 600 Schülern, 40 haupt- und 30 nebenamtlichen Lehrkräften ist sie die zahlenmäßig größte Musikschule im Lande Niedersachsen.

## **VIII. Bildende Kunst, Fotografie**

### **Bildende Kunst**

Vorbildliche Projekte zur Förderung der Kunst wurden in Celle und in Bleckede verwirklicht:

#### **Bleckede**

Mit Unterstützung von Bund und Land hat der Landkreis Lüneburg die im Bereich des Bleckeder Schlosses befindliche alte Remise zu einer Künstlerstätte mit drei Ateliers ausgebaut. Künstler aus allen Teilen der Bundesrepublik können hier mindestens sechs Monate ohne wirtschaftliche Belastungen arbeiten. Seit Januar 1979 ist die Künstlerstätte ununterbrochen belegt.

#### **Celle**

Die Stadt Celle hat im Oktober 1980 im Dachgeschoß der Stadtbibliothek eine Graphothek mit Arbeiten moderner norddeutscher Künstler eingerichtet. Bürger können auch Kunst entleihen und sich in den eigenen vier Wänden mit den verschiedenen Richtungen und Techniken moderner Druckgraphik vertraut machen.

#### **Landkreis Emsland**

Nicht immer stehen Kultur - vor allem Bildende Kunst - in den Etats an letzter Stelle:

Im Einzugsbereich der emsländischen Schulen gibt es ein relativ geringes Angebot auf dem Gebiet der bildenden Künste. Umsomehr begrüßen wir, daß der Landkreis Emsland trotz

angespannter Haushaltslage für die von ihm getragenen Schulen eine umfangreiche Graphothek eingerichtet hat. Dafür wurden bisher 90 000,- DM Haushaltsmittel aufgebracht.

Auch die Volkshochschulen tragen durch Kurse, Ausstellungs- und Werkstattbesuche dazu bei, dem Bürger alte und zeitgenössische Kunst zu vermitteln.

### **Fotografie**

Nicht nur Bildende Kunst und Musik, sondern auch die Fotografie verdient unsere Aufmerksamkeit. Wir freuen uns, die Fotografische Gesellschaft zu Hannover in unseren Reihen zu wissen, deren Wirken wir als hervorragenden künstlerischen und dokumentarischen Beitrag zur kulturellen Heimatpflege in Niedersachsen verstehen. Die Arbeit der Fotografischen Gesellschaften in unserem Lande verdient eine wohlwollende Förderung und Unterstützung von Land und Kommunen.

### **Schlußbemerkung**

Ich bin am Ende meiner Ausführungen und danke allen, die an dieser Roten Mappe mitgewirkt haben. Vieles ist in der diesjährigen Roten Mappe zu Wort gekommen, noch viel mehr wurde nicht erwähnt. Das war immer so und wird auch immer so bleiben.

Meine Hoffnung ist, daß die Einzelpunkte, die ja Anregungen und Anstöße sein sollen, nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern daß man sie konkret bearbeiten wird.

In der Einleitung habe ich mich gezwungen, schnell zur Sache zu kommen. Diese Bemühung soll mich am Ende meines Vortrags nicht verlassen, denn wir alle sind jetzt gespannt und voller Aufmerksamkeit auf Ihre Ausführungen, Herr Ministerpräsident. Ich freue mich, Ihnen das Wort erteilen zu dürfen.